

41. Sitzung

am Dienstag, dem 23. Januar 2007

Inhalt

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung 1734

Fragestunde

- 1. „Halle für Bewegung“ in Osterholz-Tenever**
Anfrage der Abgeordneten Grotheer, Görtz, Dr. Sieling und Fraktion
der SPD vom 11. Dezember 2006 1734
- 2. Angebote für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf im Zuge der
Umwandlung der Schule Lessingstraße in eine Ganztagschule**
Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Dezember 2006 1735
- 3. Rad- und Fußweg Am Weidedamm**
Anfrage der Abgeordneten Frau Schwarz, Dr. Sieling und Fraktion der SPD
vom 19. Dezember 2006 1736
- 4. Rattenbekämpfung**
Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Karl Uwe Oppermann, Perschau
und Fraktion der CDU vom 19. Dezember 2006 1738
- 5. Sonderfahrdienst für Menschen in stationären Einrichtungen**
Anfrage der Abgeordneten Schmidtman, Frau Linnert und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Dezember 2006 1740
- 6. Zukunft des Jugendfreizeitheims Alt-Aumund muss gesichert werden!**
Anfrage der Abgeordneten Crueger, Schmidtman, Dr. Güldner und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Januar 2007..... 1741
- 7. Ausbau des Weserstadions**
Anfrage der Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Januar 2007 1743

8. Grundschule Oberneuland	
Anfrage der Abgeordneten Frau Speckert, Rohmeyer, Perschau und Fraktion der CDU vom 12. Januar 2007	1745
9. Aggressive Werbung vor Bankfilialen	
Anfrage der Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Perschau und Fraktion der CDU vom 12. Januar 2007	1747
10. Kinder drogenabhängiger Eltern schützen	
Anfrage der Abgeordneten Bartels, Karl Uwe Oppermann, Perschau und Fraktion der CDU vom 12. Januar 2007	1748
11. Zukunft des Jugendfreizeitheims Findorff	
Anfrage der Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Perschau und Fraktion der CDU vom 17. Januar 2007	1751
 Aktuelle Stunde	 1753

Information der Öffentlichkeit über öffentliche Investitionen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. August 2005
(Drucksache 16/385 S)

Information der Öffentlichkeit über öffentliche Investitionen

Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2006
(Drucksache 16/644 S)

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	1753
Abg. Frau Kummer (SPD)	1754
Abg. Focke (CDU)	1755
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	1755
Senator Neumeyer	1756
Abstimmung	1757

Flächennutzungsplan Bremen

in der Fassung der Bekanntgabe vom 31. Mai 2001

76. Änderung

**- Industrieböden, Oslebshausen, Neustädter Hafen, Mahndorf
(Windkraftanlagen) -**

Teile A - F

Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2006 (Drucksache 16/646 S)	1757
----------------------------------------------------------------------------	------

Verbesserung der Ferienangebote in der Kindertagesbetreuung

Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2006

(Drucksache 16/648 S)

Abg. Bartels (CDU)	1758
Abg. Grotheer (SPD)	1759
Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen)	1760
Abg. Grotheer (SPD)	1762
Senatorin Rosenkötter	1762

**Wahl eines Mitglieds des städtischen Haushalts- und
Finanzausschusses**

1763

**Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds
des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses**

1763

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Bildung

1763

**78. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen
in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001
(Teile A - C)**

**Hemelingen, Obervieland, Osterholz
(Sonderbauflächen Einzelhandel)**

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2007

(Drucksache 16/649 S)

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan 38
für den Bau eines Einrichtungshauses und eines SB Möbelmarktes in
Bremen-Osterholz zwischen Osterholzer See, Bundesautobahn,
Julius-Faucher-Straße und Hans-Bredow-Straße**

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2007

(Drucksache 16/650 S) 1764

**Bebauungsplan 2358
für ein Gebiet in Bremen-Findorff
zwischen Admiralstraße, Herbststraße und Plantage**

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2007

(Drucksache 16/651 S) 1764

**154. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch
für ein Gebiet in Bremen-Neustadt
zwischen Neuenlander Straße, Kirchweg, Fabrikweg und westlich Kahrsweg**

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2007

(Drucksache 16/652 S) 1764

Lkw-Nachtfahrtverbot im Heerstraßenzug zwischen Verkehrsknotenpunkt Nord und Auf den Delben

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Juni 2006
(Drucksache 16/560 S)

Lkw-Nachtfahrtverbot im Heerstraßenzug zwischen Verkehrsknotenpunkt Nord und Auf den Delben

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2007
(Drucksache 16/653 S)

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) 1765
Senator Neumeyer 1766

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Umwelt und Energie 1766

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 56 vom 16. Januar 2007

(Drucksache 16/656 S) 1766

Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 16. Januar 2006
(Drucksache 16/657 S) 1767

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Koestermann, Frau Möbius, Nalazek, Dr. Schrörs.

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Die 41. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie den Mitteilungen über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Zertifizierungspflicht für selbständige Weiterbildungsanbieter
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. November 2006
2. Lehrkräfte an Schulen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 6. Dezember 2006
Dazu
Antwort des Senats vom 9. Januar 2007
(Drucksache 16/654 S)
3. Sanierung, Um-, Aus- und Neubauten von Schulgebäuden
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 6. Dezember 2006
4. Kostenersparnis dank Klinik Service GmbH?
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 12. Dezember 2006
5. Wie barrierefrei sind die Bremer Sozialzentren?
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Januar 2007
6. Rechte und Rechtschutz von Beiratsmitgliedern
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 23. Januar 2007

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes 3, Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie bei der Feuerwehr Bremen, des Tagesordnungspunktes 4, Schulversuch 6-jährige Grundschule, und des Tagesordnungspunktes 7, Leseförderung, zur Verbindung der Tagesordnungspunkte 5 und 6, Information der Öffentlichkeit über öffentliche Investitionen, der Tagesordnungspunkte 13, 78. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen, mit Tagesordnungspunkt 14, Vorhabenbezogener Bebauungsplan 38, und der Tagesordnungspunkte 17 und 18, Lkw-Nachtfahrtverbot im Heerstraßenzug zwischen Verkehrsknotenpunkt Nord und Auf den Delben, und zur Vereinbarung von Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen davon Kenntnis geben, dass mir der Landeswahlleiter mitgeteilt hat, dass Herr Ralf Dillmann anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Jan Köhler seit dem 10. Januar 2007 Mitglied der Stadtbürgerschaft ist.

Herr Dillmann, ich möchte Sie ganz herzlich hier im Hause begrüßen und wünsche Ihnen für die politische Arbeit alles Gute und viel Erfolg!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 11 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Halle für Bewegung' in Osterholz-Tenever**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Grotheer, Görtz, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Grotheer, stellen Sie Ihre Frage!

Abg. **Grotheer** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die Angebote für Kinder und Jugendliche sowie für Gruppen und Sportvereine in der zum Sondervermögen Immobilien und Technik gehörenden „Halle für Bewegung“ in Osterholz-Tenever generell und im Hinblick auf Integration und Stabilisierung des Ortsteils Tenever?

Zweitens: Mit welchen finanziellen Beiträgen beteiligen sich die Ressorts Bildung, Jugend und Soziales sowie Sport und gegebenenfalls Dritte in diesem Jahr am Betrieb der Halle und an den Angeboten?

Drittens: Sind Betrieb und Angebote für das Haushaltsjahr 2007 gesichert, und wie werden sie finanziert?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Mit der „Halle für Bewegung“ eröffnen sich neben der Abdeckung des originären Schulsports Angebote für die benachbarten Kindertagesheime, und sie schafft Nutzungsmöglichkeiten für weitere Freizeitsportangebote, die sich an den Interessen der Bewohner Tenevers orientieren. Vor dem Hintergrund der sozialen Zusammensetzung der Wohnbevölkerung hat die Bereitstellung von Bewegungsräumen in Tenever eine besondere Bedeutung für die psycho-soziale, emotionale und kognitive Entwicklung sowie die gesellschaftliche Integration von Kindern und Jugendlichen. Die im September 2004 eingeweihte „Halle für Bewegung“ am Pfälzer Weg bietet mit seinem erweiterten Raumangebot einschließlich einer attraktiven Bewegungslandschaft hierfür die entsprechenden räumlichen Voraussetzungen.

Zu Frage 2: Die Betriebs-, Verwaltungs- und Bauunterhaltskosten für die Halle in Höhe von 55.000 Euro jährlich werden aus dem Bildungshaushalt übernommen, da hier die Schulsportangebote der Schulen Koblenzer Straße und Pfälzer Weg durchgeführt werden. Die Kosten für die sozialintegrativen Angebote der Übungsleiterinnen und Übungsleiter des Kinder- und Jugendtreffpunkts fitpoint in Höhe von 50.000 Euro wurden durch den Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales getragen, die Angebote werden von der Stiftung St. Petri Kinder- und Jugendhilfe umgesetzt.

Zu Frage 3: Zur Fortführung der Arbeit sind die Betriebs-, Verwaltungs- und Bauunterhaltskosten im Haushalt 2007 des Senators für Bildung und Wissenschaft eingestellt. Die Finanzierung der sozialintegrativen Angebote für 2007 ist aus Mitteln des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales sichergestellt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Grotheer, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Grotheer:** Wir finden das sehr erfreulich, dass für 2007 die Finanzierung des Betriebs sichergestellt ist, aber ich habe eine Nachfrage. Uns ist bei einem Besuch im Ortsteil Tene-

ver der Eindruck vermittelt worden, dass der Senator für Sport sich doch öffentlich sehr stark selbst gelobt hat. Dort ist also der Eindruck entstanden, dass er diese Einrichtung oder den Betrieb mitfinanziert. Dieser Eindruck ist nach der Antwort, die Sie eben vorgetragen haben, falsch. Würden Sie die Auffassung teilen, dass demnach unser Koalitionspartner sich in diesem Punkt mit falschen Federn schmückt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich würde an dieser Stelle nicht schlecht über einen Kollegen reden, das wissen Sie. Ich habe mich in der Tat auch gewundert, ich hatte Ihnen das in der letzten Debatte hier im Haus angekündigt, dass wir uns bemühen wollten, die Kosten zu dritteln, weil alle drei Bereiche eigentlich große Interessen daran haben. Aber die Sorgen beim Sportsenator sind genauso groß wie beim Bildungs- senator, und leider ist es an der Stelle nicht gelungen, sondern es ist nur gelungen, eine finanzielle Beteiligung der Vereine durch die Stundenvermietung zu erreichen. Das ist aber im Vergleich zu dem, was die beiden anderen Ressorts dazugeben, nicht so relevant.

Ich kann Ihnen aber sagen, da wir nach wie vor daran interessiert sind, eine längerfristige vertragliche Lösung zu erreichen, dass die Gespräche sicherlich entsprechend fortgesetzt werden. Jetzt sind wir erst einmal sehr zufrieden, dass wir den Osterholzern sagen können, es geht auf dieser Basis der Finanzierung auf jeden Fall weiter. Es ist ein tolles Projekt. Die Schulen, die Vereine, alle, die daran beteiligt sind, sind hoch zufrieden darüber.

(Abg. Grotheer [SPD]: Vielen Dank!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Angebote für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf im Zuge der Umwandlung der Schule Lessingstraße in eine Ganztagschule**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Herr Präsident! Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Sorgen der Eltern von Förderkindern des Hortes der

Friedensgemeinde, die befürchten, dass im Zuge der Umwandlung der Schule Lessingstraße für ihre Kinder keine integrative Hortbetreuung mehr zur Verfügung steht?

Zweitens: Welche Planungen verfolgt der Senat, um sicherzustellen, dass auch Kinder mit erhöhtem Förderbedarf infolge der Umwandlung der Schule Lessingstraße in eine Ganztagschule in Zukunft ein Angebot für integrative Hortbetreuung erhalten?

Drittens: Welche Schritte sind für die folgenden Jahre diesbezüglich bei der schrittweisen Umwandlung der Schule Lessingstraße in eine Ganztagschule geplant?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die vom Senat wahrgenommene Sorge der Eltern von Förderkindern des Hortes der Friedensgemeinde um die Sicherstellung der Förderung ihrer Kinder ist nachvollziehbar. Sie ist jedoch derzeit und auf weitere Sicht insoweit nicht begründet, da eine Übergangslösung getroffen wurde, mit der eine Hortgruppe im KTH der Friedensgemeinde weiter bestehen kann.

Zu Frage 2: Der Senat konnte erreichen, dass für eine Übergangsphase eine Hortgruppe im KTH der Friedensgemeinde weiter bestehen kann. Dort können die derzeit insgesamt sechs Kinder im Schulalter, die einen besonderen Hilfe- und Förderbedarf haben, weiter betreut und gefördert werden. Diese Möglichkeit gilt ausschließlich für Kinder, die nicht die künftige Ganztagschule Lessingstraße besuchen. Dass dieses Angebot eine Übergangslösung darstellt, bedeutet konkret, dass die Lösung so lange trägt, bis für keines der - dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und dem zuständigen Amt für Soziale Dienste namentlich bekannten - sechs Schulkinder eine besondere Hortförderung mehr erforderlich ist. Altersmäßig „nachwachsende“ Kinder aus der Kindertageseinrichtung, die zu einem späteren Zeitpunkt das Hortalter erreichen, werden diese Übergangslösung nicht mehr wahrnehmen können.

Zu Frage 3: Die zur Frage 2 benannte Übergangslösung ist ein Signal an die betroffenen Eltern, dass auf ihre Sorge um die Sicherstellung der Förderung ihrer Kinder reagiert wird. Die darüber hinaus gehende Weichenstellung wird - in weiterer Zukunft - mit dem Start der Ganztagschule Lessingstraße eine andere sein müssen. Vor dem Hintergrund bildungsbeziehungsweise jugendpolitischer Schwerpunktsetzungen in dieser Stadt ist es ein erklärtes Ziel, dass dort, wo die Einrichtung von Ganztagschulen realisiert wurde oder noch wird, die Betreuung am Nachmittag durch die Ganztagschule erfolgt.

Präsident Weber: Frau Kollegin Stahmann, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, bei der öffentlichen Beiratssitzung in dem Stadtteil haben die Eltern ihre Sorgen formuliert und darum gebeten, in die Gespräche, die geführt werden zwischen den Ressorts Soziales und Bildung, stärker als bisher eingebunden zu werden. Besteht da die Möglichkeit, dass nochmals seitens des Ressorts - ich weiß nicht, an wen ich mich jetzt wenden soll, Senator Lemke sitzt ja auch hier, Senator Lemke und Sie - das Gespräch gesucht wird mit den Eltern, die ihre Kinder dort in der Einrichtung haben, Sie haben das ja geschildert als Kinder, die dann hochwachsen an das Angebot, damit Klarheit herrscht, wie die Reise nun weitergeht im Stadtteil?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Wir haben dort eine Information auf schriftlichem Wege von diesen Eltern erhalten. Wir haben darauf reagiert, aber ich nehme das gern noch einmal zum Anlass, hier auch mit dem Senator für Bildung und mit den betroffenen Eltern - wir haben das in der Antwort formuliert, es handelt sich hierbei um 6 uns bekannte Kinder - noch einmal das Gespräch zu suchen, soweit es dort noch Probleme oder Nachfragen gibt.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Rad- und Fußweg Am Weidamm**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Schwarz, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Schwarz!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat den Zustand des Belages, die Beleuchtungssituation sowie die Verkehrssicherheit des Rad- und Fußweges an der Straße Am Weidedamm zwischen Neukirchstraße und Leipziger Straße?

Zweitens: Wann ist mit einer Verbesserung der Beleuchtungssituation zu rechnen?

Drittens: Wann ist die Pflasterung des Rad- und Fußweges geplant?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Neumeyer.

Senator Neumeyer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: In der Straße Am Weidedamm ist zwischen der Neukirchstraße und der Leipziger Straße kein separater, mit Ausschilderung versehener Radweg, sondern lediglich ein Gehweg vorhanden. Die Straße in diesem Bereich ist eine Tempo-30-Zone, und die Fahrbahn steht Fahrradfahrern zur Nutzung zur Verfügung. Während der Gehweg auf der bebauten Seite des besagten Bereichs mit Betonpflaster befestigt ist, besteht die Befestigung des Gehweges auf der Seite des Torfkanals aus einer wassergebundenen Deckschicht, wie sie auch vielfach im gesamten Stadtgebiet anzutreffen ist und auch in Parkanlagen, zum Beispiel Bürgerpark, Wallanlagen, eingebaut wird. Dies hat, gelegen am Torfkanal, gestalterische und unterhaltungstechnische Gründe. Zudem wird die Fläche durch diese Bauweise nicht versiegelt und gewährleistet die Versickerung des Niederschlagswassers.

Insgesamt befindet sich der Zustand des Belages der beidseitig der Straße angelegten Gehwege nach Auffassung des Senats in einem guten und verkehrssicheren Zustand.

Der Straßenabschnitt zwischen der Neukirchstraße und der Leipziger Straße ist im Bereich des Gehweges und der Parkplätze auf der bebauten Seite der Straße ausreichend und gleichmäßig ausgeleuchtet und entspricht dem in Bremen üblichen Beleuchtungsniveau. Aufgrund der zahlreichen Bäume und deren Schattenwurf ist der Gehweg auf der Seite des Torfkanals weniger gleichmäßig ausgeleuchtet, was jedoch auch in diesem Bereich als ausreichend beurteilt wird.

Die Verkehrsunfallzahlen der Polizei Bremen geben keinen Hinweis darauf, dass bei der ge-

nannten Örtlichkeit signifikante Probleme für Radfahrer oder Fußgänger aufgetreten sind.

Zu Frage 2: Zur Verbesserung der Beleuchtungssituation in der Straße Am Weidedamm wurden bereits im Jahr 2001 die alten Leuchten gegen neue energieeffiziente Leuchten mit einer höheren Lichtausbeute ausgetauscht. Eine zusätzliche Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung ist nach Auffassung des Senats nicht erforderlich.

Zu Frage 3: Eine Neupflasterung des Gehwegs ist aufgrund des zur Frage 1 dargestellten Zustands nicht notwendig und deshalb auch nicht geplant. Die in diesem Bereich vorhandenen wassergebundenen Deckschichten sind im gesamten Stadtgebiet anzutreffen und bewähren sich seit langem. Zudem wäre eine Pflasterdecke aufgrund der zu erwartenden Verformungen durch Baumwurzeln nur sehr aufwändig und kostenintensiv zu unterhalten. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin Schwarz, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Ich kann akzeptieren, dass eine Pflasterung dieses Gehwegs nicht notwendig oder nicht angemessen ist. Aber meine Frage lautet: Muss dieser Gehweg nicht auch gepflegt werden, ähnlich wie die Wege in den Parkanlagen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Selbstverständlich werden alle Wege gepflegt. Der Gehweg befindet sich in einem sehr ordentlichen Pflegezustand.

Präsident Weber: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? - Bitte!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Wer hat Ihnen das vorgetragen? Ich habe das überprüft. Ich habe nicht diese Erkenntnis gewonnen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Ich habe hier relativ aktuelle Bilder von diesem Gehweg, der den Eindruck deutlich hinterlegt, dass es sich hierbei um einen sehr ordentlichen Pflegezustand handelt.

Präsident Weber: Frau Kollegin, darf ich Sie fragen, ob Sie eine weitere Zusatzfrage haben? - Bitte!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Dann bin ich zum verkehrten Zeitpunkt dagewesen. Mein Eindruck ist ein anderer.

(Abg. Focke [CDU]: Das war wohl nach dem Sturm! - Heiterkeit)

Ich habe eine weitere Frage: Ich habe die Feststellung getroffen, dass die Beleuchtung nicht ausreichend ist. Die Meinung wird auch geteilt von der Beiratssprecherin. Der Beirat wird sich dieses Problems auch annehmen. Gibt es nicht die Möglichkeit, Herr Senator, dass man in diesem Bereich des Gehwegs, der nicht ausreichend beleuchtet ist - vor allem nicht im Sommer, wenn nämlich eine Belaubung vorliegt -, Kleinleuchten anbringt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Ich erwähnte bereits, dass der Senat nicht der Auffassung ist, dass der Gehweg nicht ausreichend beleuchtet ist. Im Gegenteil, wir haben hier energieeffiziente Leuchtkörper relativ moderner Art eingesetzt, die sehr sorgsam auch Bezug nehmen auf die Baumpflanzungen, die dort vorhanden sind. Es handelt sich nämlich hierbei um die Arrondierung der Bürgerparkanlagen. Da können wir nicht wie woanders einfach stromlinienförmig Laternen aufstellen, sondern müssen auch darauf achten, ob es sich hierbei um Bäume handelt. Soweit sind die Beleuchtungsanlagen auch versetzt dargestellt, sodass sie einmal auf der einen und einmal auf der anderen Straßenseite sind. Aber es handelt sich um eine ausreichende Beleuchtung des Verkehrsraumes.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Mich würde einmal interessieren - mein Eindruck ist ein ganz anderer, und ich wohne in diesem Bereich -, wer Ihnen diese Informationen vorgetragen hat, dass die Beleuchtung ausreichend ist? Sie ist nicht ausreichend!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Auch hierzu habe ich mir entsprechende Fotos geben lassen, ich könnte Sie Ihnen zeigen, Frau Abgeordnete. Ich glaube allerdings, dass es nicht helfen wird. Wenn Sie selbst individuelle Eindrücke und Wahrnehmungen haben, ist das das eine, das andere ist das, wie man objektiv die Standards für Beleuchtungssituationen an Rad- und Fußwegen beurteilen muss. Ihre ursprüngliche Frage bezog sich auf die Frage, wieso der Radweg, der gar keiner ist, nicht so hergestellt wird wie ein Radweg. Vielmehr handelt es sich um eine Tempo-30-Zone, in der üblicherweise in Bremen selbstverständlich Fahrradfahrer die Fahrbahn nutzen dürfen. Insoweit kann ich Ih-

nen nicht helfen, wenn Sie ganz individuelle Wahrnehmungen haben. Das entspricht aber nicht dem, was normalerweise Standard in dieser Stadt ist.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Eine Schlussbemerkung! Es ist keine individuelle Wahrnehmung, es ist abgesprochen mit Beiratsmitgliedern des Beirates Findorff. Ich werde mich darum kümmern.

Präsident Weber: Die vierte Anfrage verlangt vom Senat **Auskunft über die Rattenbekämpfung**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Herderhorst, Karl Uwe Oppermann, Perschau und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Herderhorst!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche Erkenntnisse liegen dem Senat hinsichtlich der fortschreitenden Rattenplage vor?

In welcher Form hält die Stadt Fachpersonal vor, um der Plage adäquat begegnen zu können, und findet die Bekämpfung flächendeckend statt?

Hält der Senat eine Intensivierung der Bekämpfung durch personelle und sächliche Ausstattung behördlicher oder im Auftrag der Stadt arbeitender Einrichtungen für notwendig?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Aufgrund der Informationen, die dem Gesundheitsamt vorliegen, besteht in Bremen derzeit keine fortschreitende Rattenplage. Die Bekämpfung von Ratten in Bremen erfolgt auf der Basis der Paragraphen 16 und 17 des Infektionsschutzgesetzes. Meldungen über einen Rattenbefall gehen in der Regel beim Gesundheitsamt Bremen ein. Dieses wendet sich hinsichtlich der Bekämpfung an Facility-Management Bremen. Diese beauftragen dann einen professionellen Schädlingsbekämpfer mit der Bekämpfung. Handelt es sich um einen Rattenbefall, der von einem Privatgrundstück ausgeht, ist der Eigentümer dieses Grundstücks für die Bekämpfung zuständig und wird darauf vom Gesundheitsamt hingewiesen. Die Bekämpfung von Ratten im Untergrund, Ka-

nalnetz, erfolgt eigenständig von der hanse-Wasser. Dies geschieht ohne Rücksprachen mit dem Gesundheitsamt Bremen.

Insgesamt erfolgt die Rattenbekämpfung in Bremen flächendeckend anlassbezogen, jedoch nicht präventiv. Diese Bekämpfungsform hat sich bisher bewährt. Die personelle und sächliche Ausstattung der zuständigen Einrichtung in der Stadt ist derzeit als ausreichend anzusehen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Frau Senatorin, würden Sie mir dann erklären können, woher das Hauptgesundheitsamt die Informationen hat, die als Grundlage dienen, um solche Bewertungen vorzunehmen? Basieren sie auf anlassbezogenen Hinweisen, dass da irgendwo Ratten herumlaufen? Im Untergrund, das heißt im Kanalnetz, haben Sie gesagt, ist die hanseWasser eigenverantwortlich zuständig. Von daher gehe ich davon aus, dass nicht unbedingt ständige Kommunikation über den Zustand der Kanalnetze in Bezug auf Ratten stattfindet. Mich würde schon interessieren, auf welcher Basis diese Erkenntnisse getroffen sind.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich darf noch einmal wiederholen, dass für die Bekämpfung im Kanalnetz die hanseWasser zuständig ist und in aller Regel hierzu auch kein Informationsfluss außer der Reihe zum Gesundheitsamt läuft. Alle anderen Dinge werden über das Facility-Management Bremen abgewickelt. Hierzu gibt es einen Plan, der ganz bestimmte Schwerpunktgrundstücke und Anwesen vorsieht. Für den Bereich der Privatgrundstücke sind die Eigentümer zuständig.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Frau Senatorin, wie muss ich mir das denn vorstellen? Sie sagen, flächendeckend finde das statt. Was ist in diesem Sinne flächendeckend, wenn nur auf öffentlichem Grund? Dann müsste ja auf allen öffentlichen Grundstücken, Wegen, Plätzen, Straßen et cetera öffentlich vorgegangen werden, das heißt, Facility-Management wird beauftragt und beauftragt dann wieder. Das heißt aber ja noch nicht, dass - präventiv ohnehin nicht, haben Sie gesagt - sie diese dann flächendeckend beobachten und auch eingreifen. Wie ist es zu beurteilen, wenn Rattenbewegungen sich vom öffentlichen Bereich in den

privaten und umgekehrt bewegen? Wer ist denn dann anzeigepflichtig, und wer verfolgt das?

Präsident Weber: Bitte sehr, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Herr Abgeordneter, ich habe bisher keine Wanderungsbewegung von Ratten wahrnehmen können beziehungsweise ist dem Gesundheitsamt Bremen auch nicht gemeldet worden. Gleichwohl ist es so, dass es natürlich aus den Erfahrungen der bisherigen Zeiten, und es ist ja ein Problem, das immer einmal wieder auch angesprochen werden muss und von Ihnen auch richtigerweise angesprochen wird, dass es hier erfahrungsgemäß schwerpunktmäßig ganz bestimmte Plätze und Flächen gibt, in aller Regel, Plätze und Flächen, auf denen sich Unrat befindet und sich Ungeziefer ansiedeln kann. Diese Plätze und Flächen sind in aller Regel bekannt. Danach hat es im Facility-Management eine Schwerpunktsetzung gegeben, und hier findet regelmäßig auch eine Überprüfung statt.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Frau Senatorin, Sie haben auch in der Antwort gesagt, dass eine personelle Ausweitung nicht notwendig wäre. Auf welchen Kreis der Beschäftigten bezieht sich das?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Herr Abgeordneter, es ist so, dass wir für die eigentliche Bekämpfung ja nicht das Facility-Management benutzen, sondern eine Firma beauftragen als Schädlingsbekämpfer, die dies dann vornimmt. Es ist nicht unsere Aufgabe zu sagen, mit wie vielen Personen sie diese Bekämpfung vornimmt.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Das sagt mir noch nichts. Sie haben selbst in Ihrer Antwort gesagt, personelle Mehrausstattung ist nicht notwendig. Also verstehe ich das so, dass für diejenigen, die die Zentrale bilden und diese Botchaften jeweils an das Gesundheitsamt beziehungsweise vom Gesundheitsamt an das Facility-Management weitergeben, keine weitere personelle Erweiterung erforderlich ist, oder wie soll ich das verstehen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ja!

Präsident Weber: Haben Sie noch eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Eine Abschlussfrage noch: Frau Senatorin, Sie halten es also deutlich nicht für nötig, dass möglicherweise sogar die öffentliche Hand die Gesamtbekämpfung auch im privaten Bereich wieder übernimmt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Hier ist es ganz klar Aufgabe der Grundstückseigentümer. Ich glaube, es würde uns auch rechtlich gar nicht erlaubt sein, auf die privaten Grundstücke zu gehen, um dort eine öffentliche Rattenbekämpfung vorzunehmen. Ich würde natürlich, wenn es hier aus Ihrer Sicht ganz konkrete Vorfälle gibt, die es notwendig machen und Sie mir die Plätze oder Grundstücke benennen können, sofort in Auftrag geben, dass hier auch seitens des Facility-Managements dem nachgegangen wird.

(Beifall der SPD)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Frau Senatorin! Ich möchte mich nicht als Rattenfänger betätigen.

(Zurufe von der SPD)

Ich darf Ihnen abschließend folgenden Hinweis geben: Es gab in Bremen Zeiten, da gab es vom Hauptgesundheitsamt entsandte Leute, die flächendeckend, wie Sie es sagen, Rattenbekämpfung betrieben haben, auch auf privaten Grundstücken, sogar auf Böden et cetera. Diese - ich weiß nicht mehr genau, wie die sich nannten, die hatten eine bestimmte Bezeichnung, Kammerjäger, glaube ich - Kammerjäger waren in ausreichender Zahl vorhanden, und das hat man reduziert. Insofern, das Betreten von privatem Grund ist nicht das Problem, denn die Privaten haben ja ein Interesse, dass die Ratten auch auf ihrem Grundstück bekämpft werden.

Präsident Weber: Gut, ich glaube, damit war die Frage beantwortet worden, Frau Senatorin.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf den **Sonderfahrdienst für Menschen in stationären Einrichtungen**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Schmidtman, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Schmidtman!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Präsident! Wir fragen den Senat:

Erstens: Nach welchem Verfahren und welchen Regeln wird derzeit über Anträge auf Gewährung von Sonderfahrdiensten für Menschen mit Behinderungen, die dauerhaft in einem Heim wohnen, entschieden?

Zweitens: Wie beurteilt der Senat vor dem Hintergrund erster Entscheidungen des VG Bremen im Rahmen des vorläufigen Rechtsschutzes das Recht auf selbstbestimmte Mobilität behinderter Menschen, die in Heimen untergebracht sind, und wie stellt er zurzeit die selbstbestimmte Mobilität von stationär untergebrachten behinderten Menschen sicher?

Drittens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat darüber hinaus, auf dem Gebiet der Mobilität den Anspruch auf Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu verwirklichen, den Menschen mit Behinderungen nach dem SGB IX haben?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Erstens: Die städtische Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration hat in ihrer Sitzung am 30. Mai 2006 beschlossen, die bisherige freiwillige Leistung Sonderfahrdienst für körperlich schwerstbehinderte Menschen für den stationären Bereich einzustellen. Die Leistung war dadurch gekennzeichnet, dass sie ohne sozialhilferechtliche Prüfung als Gutscheinkontingent ohne Einzelkostenbegrenzung bewilligt wurde, wenn die grundsätzliche Anspruchsberechtigung festgestellt war. Dieser Beschluss betraf alle Neuansprüche; die bis zu diesem Datum bereits erteilten Bewilligungen behalten bis zum Ende des Bewilligungszeitraums ihre Gültigkeit.

Aufgrund des Wegfalls der bisherigen Regelungen werden neue Sonderfahrdienst-Anträge als Anträge auf Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben gewertet. Es wird im Rahmen eines Gesamtplans durch das Amt für Soziale Dienste der individuelle Bedarf festgestellt. Für die Gewährung einer sozialhilferechtlichen Leistung ergänzend zur Heimversorgung ist die Anspruchsgrundlage - Erforderlichkeit der Fahrten, gesundheitliche oder technische Ausschlussgründe der ÖPNV-Nut-

zung, eigene Leistungsfähigkeit - ebenso zu prüfen wie die Leistung des Heims.

Soweit nach Würdigung des Einzelfalls sowie der Wohn- und Lebensformen in der stationären Einrichtung ein individueller Mobilitätsbedarf festgestellt wird und dieser Bedarf nicht durch Leistungen der Einrichtung abgedeckt wird oder werden kann, kann ein Mobilitätsbedarf finanziert werden.

Zweitens: Aufgrund der bisherigen Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Bremen im Eilverfahren ist davon auszugehen, dass für Antragstellerinnen und Antragsteller die verbleibenden Möglichkeiten zur Herstellung gesellschaftlicher Beziehungen im Rahmen der Eingliederungshilfe - das sind Ausfahrten der Heime und die oben genannten einzeln zu beantragenden Fahrten nach Paragraph 54 SGB XII - ausreichen, da nach Überzeugung des Gerichts nicht die Gefahr besteht, dass Antragstellerinnen und Antragsteller ohne die beantragte ungekürzte Eingliederungshilfe zum Zwecke der Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft wesentliche Nachteile im Sinne von Paragraph 53 fortfolgende SGB XII erleiden würden.

Drittens: Der öffentliche Personennahverkehr in der Stadtgemeinde Bremen ist für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer nutzbar. Die Busse der Bremer Straßenbahn AG sind alle Niederflurfahrzeuge und auf alle Linien eingesetzt. Bei den Straßenbahnen soll nach den Planungen der Bremer Straßenbahn AG die Beschaffung noch ausstehender Fahrzeuge in Niederflurtechnik bis Ende 2009 abgeschlossen sein.

Derzeit sind circa drei viertel der Straßenbahnen Niederflurfahrzeuge. Sie sind auf allen Linien in angemessenen Abständen eingesetzt. Grundsätzlich ist damit eine ausreichende Personenbeförderung durch den ÖPNV in der Stadtgemeinde Bremen gewährleistet. In besonderen Einzelfällen können Kosten für den Sonderfahrdienst in Höhe einer Pauschale von 120 beziehungsweise 160 Euro gewährt werden. Dies gilt nach dem Beschluss der städtischen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration vom 30. Mai 2006 für privat beziehungsweise ambulant in der Stadt Bremen lebende schwerstbehinderte Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen oder aufgrund der technischen Ausstattung ihres Rollstuhls - Überbreite, Überlänge, Gewicht - den ÖPNV nicht nutzen können.

Darüber hinaus ist der Senat bemüht, die bauliche Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Raum herzustellen. Im Be-

nehmen mit dem Landesbehindertenbeauftragten und den Behindertenverbänden werden weitere Schritte zur Herstellung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum unternommen. Der Senat verweist in diesem Zusammenhang auf die Beantwortung der Großen Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU zum Thema „Bremen baut Barrieren ab, Umsetzung des Bremischen Behindertengleichstellungsgesetzes“. Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales wird darüber hinaus nach Abschluss der in Frage 2 angesprochenen Verfahren prüfen, ob sich aus deren Ergebnis weiterer Handlungsbedarf ergibt.

Präsident Weber: Herr Kollege Schmidtman, haben Sie eine Zusatzfrage? - Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde steht unter der Überschrift **„Zukunft des Jugendfreizeitheims Alt-Aumund muss gesichert werden!“**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Crueger, Schmidtman, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Crueger!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Herr Präsident! Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die aktuellen Entwicklungen im Jugendfreizeitheim Alt-Aumund vor dem Hintergrund der Insolvenz des DRK-Kreisverbandes Nord als zukünftiger Betreiber der Einrichtung?

Zweitens: Wie will der Senat sicherstellen, dass das Jugendfreizeitheim möglichst schnell wieder von den Jugendlichen genutzt werden kann?

Drittens: Welche Planungen verfolgt der Senat bezüglich der Auswahl eines zukünftigen Betreibers für dieses Jugendfreizeitheim?

Präsident Weber: Auch diese Anfrage wird von der Frau Senatorin Rosenkötter beantwortet.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Übernahme der Trägerschaft für das Jugendfreizeitheim Alt-Aumund durch das Deutsche Rote Kreuz Bremen-Nord wird auf der Grundlage von rechtlichen Sicherungen, die mit dem vorläufigen Insolvenzverwalter zurzeit ausgehandelt werden, weiter angestrebt. Es soll damit garantiert werden, dass

unabhängig vom Ausgang der im Zusammenhang mit dem Insolvenzantrag des Deutschen Roten Kreuzes Bremen-Nord stehenden Prüfungen die für den Betrieb des Hauses erforderlichen Ressourcen durch besondere Zweckbindung verwendet werden. Der Kooperationsvertrag mit dem Träger soll bis zum Abschluss des Verfahrens als vorläufige Überlassung vollzogen werden.

Zu Frage 2: Das Deutsche Rote Kreuz Bremen-Nord e.V. hat am Montag, 15. Januar 2007, das Freizeitheim gegen 14 Uhr wieder eröffnet und den Nutzerinnen und Nutzern eine neue Sozialpädagogin vorgestellt, die als kompetente Fachkraft seitdem den Betrieb absichert.

Zu Frage 3: Sollte es wider Erwarten im Insolvenzverfahren deutlich werden, dass der Träger den Betrieb nicht gewährleisten kann, müsste ein neues Interessenbekundungsverfahren eröffnet und mit Beteiligung des für Vegesack zuständigen Controllingausschusses zum Ergebnis geführt werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Crueger, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, es war ja für den vergangenen Donnerstag eine Beiratssitzung in Vegesack anberaumt, wo das Thema debattiert werden sollte, die aufgrund des Sturms leider so nicht stattfinden konnte. Ich habe aber aus dem Stadtteil gehört, dass es die Gerüchte gibt, dass man mit Zeitarbeit versucht, die personelle Lücke dort zu schließen. Ich habe Ihre Antwort gerade nicht so verstanden. Ist das also eine Fehlinformation, dass hier mit Zeitarbeitskräften gearbeitet werden soll?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Das ist mir nicht bekannt, dass dort mit Zeitarbeitskräften gearbeitet werden soll. Ich kann Ihnen aber aktuell sagen, dass heute der Vertrag unterschrieben geworden ist.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Herr Crueger? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, wann wird denn entschieden, ob man ausgehend vom Verlauf des Insolvenzverfahrens sich weiterhin für das DRK oder für einen anderen Träger, das heißt dann für eine Neuausschreibung, entscheidet? Gibt es einen

festgelegten Zeitpunkt, oder gibt es einen Punkt im Insolvenzverfahren, oder wann soll das entschieden werden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich will das gern noch einmal beantworten. Ich hatte Ihnen eben - ich dachte auch, im Sinne einer freudigen Botschaft - übermittelt, dass heute der Vertrag für dieses Freizeitheim unterschrieben worden ist. Insoweit sehe ich zurzeit keine Notwendigkeit, mit anderen Betreibern Verhandlungen aufzunehmen.

Präsident Weber: Herr Kollege Crueger, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, Sie haben aber auch geantwortet, dass man abhängig vom Verlauf des Insolvenzverfahrens gegebenenfalls noch einmal darüber nachdenken müsste oder gegebenenfalls auch gezwungen wäre, ein neues Verfahren in Gang zu setzen. Wie das Insolvenzverfahren ausgeht, das ist ja wie vor Gericht und auf hoher See in Gottes Hand und liegt nicht in unserer Entscheidungsmöglichkeit. Also müssen wir uns ja zumindest dafür wappnen, dass es ein Worst-Case-Szenario geben könnte. Wie sind da die Planungen für dieses Worst-Case-Szenario, das wir uns alle nicht wünschen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich darf gern noch einmal auf die Beantwortung der Frage 3 zurückkommen. Dort ist ganz deutlich formuliert worden, dass es dann zu einem neuen Interessenbekundungsverfahren und unter Einbeziehung des Controllingausschusses zu einer weiteren oder neuen Entscheidung kommen muss.

Präsident Weber: Herr Kollege Crueger, ich vermute, Sie möchten eine weitere Zusatzfrage stellen! - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, ich versuche einfach nur die Frage zu klären, wann „dann“ ist, also wann der Punkt ist, an dem man diese Entscheidung trifft.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich wäre Hellseherin, wenn ich jetzt heute hier sagen könnte, wann das Insolvenzverfahren abgeschlossen ist.

(Beifall bei der SPD)

Davon ist doch abhängig, ob ich gezwungen sein werde, hier in ein neues Verfahren einzutreten oder nicht. Ich bin sehr erfreut darüber, und, ich denke, Sie alle mit mir, dass wir seit dem 15. Januar dort das Jugendfreizeithaus Alt-Aumund wieder haben öffnen können und auch mit kompetenter und fachlicher Leitung die Arbeit für diesen Stadtteil wieder aufgenommen haben. Ich finde, das ist eine außerordentlich erfreuliche Botschaft!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Herr Crueger, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, nur noch eine Abschlussbemerkung! Frau Senatorin, wir freuen uns natürlich auch sehr darüber. Es war ja auch unser Anliegen, dass möglichst schnell die Einrichtung wieder geöffnet wird, und wir hoffen natürlich, dass es eine möglichst gute Lösung gibt für Alt-Aumund. - Danke schön!

Präsident Weber: Die siebte Anfrage trägt den Titel „Ausbau des Weserstadions“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke sehr! Wir fragen den Senat:

Erstens: Welches Finanzierungskonzept existiert für die zurzeit geplante nächste Ausbaustufe des Weserstadions?

Zweitens: Welche Eigenbeiträge können bei der geplanten Finanzierung vom Anteilseigner Werder Bremen erbracht und in welcher Höhe soll der Ausbau kreditfinanziert werden?

Drittens: Welche Risiken bei der Finanzierung der Baumaßnahme und bei den langfristigen Folgekosten kommen dabei jeweils auf die beiden Anteilseigner Freie Hansestadt Bremen und Werder Bremen zu, und gibt es Konzepte zu deren Begrenzung?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird von Herrn Senator Kastendiek beantwortet.

Senator Kastendiek: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3: Dem Senat liegt noch kein Finanzierungskonzept für den geplanten Ausbau des Weserstadions vor. Dies wird derzeit vom Vorhabenträger Bremer Weser-Stadion GmbH erarbeitet. Insofern können Risiken noch nicht bewertet und Detailfragen noch nicht beantwortet werden. Eine öffentliche Förderung ist nicht geplant. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Dr. Güldner, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn wir die Antwort hören, Herr Senator, dann verwundert es ein bisschen. Der Zug fährt ja schon sehr beschleunigt in Richtung dieses Ausbaus. Die entsprechenden Weichen sind gestellt, es werden entsprechende Bauanträge gestellt, der Beirat ist befasst worden, und der Zeitplan ist sehr ehrgeizig und knapp. Es fehlt mir so ein bisschen die Vorstellungskraft, mir vorzustellen, dass das alles jetzt schon soweit gediehen ist und im Gange ist, ohne dass wir beziehungsweise die Bremer Weser-Stadion GmbH, an der die Freie Hansestadt Bremen zu 50 Prozent beteiligt ist, irgendeine Idee haben, wie das Projekt finanziert werden soll.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Herr Abgeordneter, ich kann nur auf die Antwort des Senats verweisen. Ein Finanzierungskonzept liegt noch nicht vor, es wird derzeit erarbeitet. Da werden sicherlich Gedanken und Planungen, wie so etwas finanziert werden kann, mit einfließen, aber es macht keinen Sinn, über Dinge, die noch nicht abschließend geklärt sind, hier zu spekulieren und Vermutungen anzustellen.

Präsident Weber: Herr Dr. Güldner, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe die Frage, wie nach Meinung des Senats zu welchem Zeitpunkt in dem nun angelaufenen Verfahren Erschließungsplan, Bauplan, das Beteiligungsverfahren, in dem wir jetzt gerade sind - der Vorhabenträger und damit ja auch der Anteilseigner Bremen ein Konzept für die Finanzierung der Maßnahme haben. Das sind Details, die schon sehr ausführlich diskutiert und auch ins Verfahren gegeben worden sind.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Herr Abgeordneter, die Details werden natürlich aus dem Grunde dis-

kutiert, um alle Kostenfaktoren abschließend einzubeziehen, und von da aus wird - und das ist selbstverständlich und selbstredend - vor Beginn der Maßnahmen, bevor auch entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden, ein Finanzierungskonzept vorgelegt werden müssen. Dann werden solche Fragen, wie Sie sie hier gestellt haben, sicherlich ausführlich beantwortet werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Man hat sich ja auch, jedenfalls sehr mehrheitlich, bewegt in Richtung eines neuen Verkehrskonzepts für den angrenzenden Stadtteil anlässlich der Spiele. Auch hier entstehen ja zum Teil nicht unerhebliche Kosten. Können Sie uns sagen, wer diese Kosten tragen wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Die Kosten werden nach dem derzeitigen Stand der Dinge, so wie das sonst auch üblich ist, zwischen Infrastruktur und dem Stadion direkt zuzuordnenden Kosten entweder von Bremen getragen oder von der Weser-Stadion GmbH beziehungsweise von Werder Bremen selbst.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Nur zur Klärung dessen, was ich eben gefragt habe: Können Sie uns sagen, in welchen Anteilen die Kosten von Bremen oder von der Weser-Stadion GmbH/Werder Bremen für dieses Verkehrskonzept getragen werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Das kann ich Ihnen insofern noch nicht abschließend sagen, weil darüber noch verhandelt wird. Es wird auch geprüft, ob Finanzierungen des Bundes mit herangezogen werden können, weil ja auch die Verkehrsleitlenkung auf Bundesfernstraßen mit eine Rolle spielt. Das wird zurzeit noch zwischen dem Vorhabenträger beziehungsweise den Ressorts geklärt. Ich gehe aber davon aus, dass hier auch in den kommenden Wochen abschließend eine Klarheit über die Höhe besteht und wer was wie zu tragen hat.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Im Zuge der Gespräche über diesen Ausbau und

auch dieses Verkehrskonzept hat Werder Bremen sehr erhebliche Finanzierungsanteile an diesem Finanzierungskonzept angekündigt. Steht zu erwarten, dass diese auch in diesem erheblichen Maße realisiert werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Wir gehen davon aus, dass sich an dieser Stelle Werder Bremen entsprechend an den Gesamtmaßnahmen, die ja immerhin nicht ganz unerheblich sind, beteiligt, wobei die Einschätzung natürlich immer ein bisschen relativ ist, aber so, wie es zurzeit im Raum steht, wird das ein erheblicher Betrag sein.

Präsident Weber: Herr Dr. Güldner, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielen Dank! - Nein!)

Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Kummer! - Bitte sehr!

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, dass am Donnerstag die Bau-deputation den entsprechenden Vorhaben- und Erschließungsplan auf den Weg bringen wird?

(Abg. Focke [CDU]: Das ist doch am Anfang!)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Das hat mir der Senator für Bau und Umwelt mitgeteilt. Ja, es ist mir bekannt!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Ihnen ist sicher auch bekannt, dass zu so einem Vorhaben- und Erschließungsplan zwingend auch ein Durchführungsvertrag gehört, in dem festgelegt wird, wie die zugehörigen Maßnahmen finanziert werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Dass über die Kosten letztendlich verhandelt werden muss, wer sie tragen muss, ist selbstverständlich und selbstredend. Ich glaube, wie gesagt, dass wir nicht mehr all zu lange brauchen, um klar festzulegen, wer wie was trägt. Hier gibt es schon entsprechende Überlegungen. Die Überlegungen sind relativ konkret, und ich glaube, dass es keine großen Lizenz- oder Konfliktfelder in diesem Bereich gibt.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Wann werden denn die Überlegungen konkreter, da wir ja im Laufe des März, soviel ich weiß, jenen Vorhaben- und Erschließungsplan zu beschließen gedenken, der ja erst den Ausbau des Weserstadions möglich machen würde?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Frau Abgeordnete, die Überlegungen sind schon sehr konkret. Ich gehe auch davon aus, dass Ihnen zu dem Zeitpunkt der notwendigen Beschlussfassung auch entsprechende Vorschläge von der Verwaltung vorgelegt werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Ja, Herr Senator, dann irritiert mich etwas die knappe Antwort auf die Frage des Abgeordneten Güldner, denn ich hätte erwartet, dass, wenn das schon so konkret ist, Sie uns auch konkretere Vorstellungen berichten können.

(Abg. Focke [CDU]: Weil er jetzt noch nichts haben kann!)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Frau Abgeordnete, der Abgeordnete Güldner hat nicht nach dem Verkehrskonzept gefragt, sondern expressis verbis nach der nächsten Ausbaustufe des Weserstadions. Wenn er nach dem Verkehrskonzept gefragt hätte, hätten wir ihm sicherlich eine etwas ausführlichere Antwort gegeben, und das, was jetzt ergänzend hier an dieser Stelle noch einmal nachgetragen worden ist, ist natürlich nach dem derzeitigen Kenntnisstand. Aber wir haben erst einmal, so wie sich das gehört, das, was von dem Hause hier an Fragen an den Senat gerichtet worden sind, auch so beantwortet.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Kummer** (SPD): So wie mir die Frage hier vorliegt von Herrn Güldner, hat er nach langfristigen Folgekosten gefragt, zu denen ich das Verkehrskonzept zähle. Es ist Ihnen auch bekannt, dass das Verkehrskonzept zwingend zum Ausbau dazugehört, denn sonst stehen die Leute am Ende im Stau, statt im Stadion zu sitzen?

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Frau Abgeordnete, ich will jetzt keine Wortklauberei vornehmen, aber wenn Sie sich die erste Frage genau durchlesen, auf die sich auch die dritte Frage bezieht, wird hier nach der nächsten Ausbaustufe gefragt und an der Stelle nicht nach Verkehrskonzepten. Ich sehe hier keinen großen Dissens oder Konfliktfall in dieser Frage. Wir werden das natürlich so, wie sich das gehört, sauber an der Stelle in den Gremien vortragen. Wir sind der Auffassung, die Frage ist hier klar und eindeutig gestellt. Wir haben Ihnen den Kenntnis- und den Wissensstand, den der Senat hinsichtlich der Ausbaustufe des Weserstadions hat, hier wiedergegeben.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen? - Bitte, Frau Kollegin Krusche!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ich frage Sie: Welche Probleme sollen denn aus Ihrer Sicht eigentlich kaschiert werden, wenn Sie uns hier mit einer derartigen Nichtantwort beglücken? Es ist ganz klar, dass wir, Frau Kummer hat darauf hingewiesen, wenn wir am Donnerstag den Ausbau des Weserstadions auf den Weg bringen sollen, diese auch aus meiner Sicht gekoppelt, dringend gekoppelt an das Verkehrskonzept ist, was wiederum auch finanziert werden muss. Warum geben Sie uns hier keine präzisen Auskünfte, wenn Sie doch offensichtlich schon mehr wissen, als Sie hier sagen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Frau Abgeordnete, es wird nichts kaschiert. Ihre Annahme, die Sie zu dieser Frage verleitet, ist nicht korrekt. Wir haben entsprechend dieser Fragestellung geantwortet. Ich gehe davon aus, dass weitergehenden Fragestellungen hinsichtlich der Finanzierung in der Baudeputation dann entsprechend beantwortet werden können. Die Frage richtete sich, ich kann mich nur wiederholen, nach der Ausbaustufe des Weserstadions. Diese Frage haben wir völlig korrekt beantwortet. Da gibt es überhaupt nichts zu verheimlichen und überhaupt nichts zu kaschieren. Von daher ist, Frau Abgeordnete, Ihre Annahme nicht korrekt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff „**Grundschule Oberneuland**“. Die Anfrage wurde unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Speckert, Rohmeyer, Perschau und der Fraktion der CDU.

Frau Kollegin Speckert, bitte!

Abg. Frau **Speckert** (CDU): Vielen Dank! Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat die Fluchtwegesituation für den Brandfall an der Grundschule Oberneuland, insbesondere im alten Gebäude, und ist nach Ansicht des Senats eine ausreichende Feuersicherheit auch ohne eine Feuertrappe aus dem Obergeschoss gewährleistet?

Seit wann sind dem Senat die Klagen über die fehlende Feuertrappe bekannt, was wurde bereits unternommen, und welche Planungen verfolgt der Senat zur Errichtung einer Feuertrappe?

Wie beurteilt der Senat die Raumsituation an der Grundschule Oberneuland, und welche Planungen hat der Senat bezüglich eines Umbaus oder einer Erweiterung der Schule?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: In dem Altbau der Grundschule Oberneuland fehlt - wie in einer Reihe von anderen Altbauten auch - nach heutiger bauordnungsrechtlicher Genehmigungslage der zweite Rettungsweg zum Beispiel in Form einer Fluchttreppe. Diese Rechtsgrundlage bestand nicht beim Bau des Gebäudes. Eine Nutzungseinschränkung ist allerdings nicht erforderlich. Der Senat ist jedoch der Auffassung, dass hier zur Abwendung möglicher Gefahren möglichst schnell Abhilfe geschaffen werden soll.

Zu Frage 2: Das Gebäude- und Technikmanagement Bremen, GTM, hat die GBI am 11. Mai 2006 schriftlich informiert, die daraufhin mit Planungen begonnen hat. In diese Planungen sind Empfehlungen der Feuerwehr Bremen und des Bauordnungsamts eingeflossen. Brandschutzmaßnahmen und die Erstellung einer Fluchttreppe sollen im Rahmen des Sanierungsprogramms 2007 erfolgen.

Zu Frage 3: In der Grundschule Oberneuland sind zurzeit 331 Schülerinnen und Schüler in insgesamt 13 Klassenverbänden unterge-

bracht. Hierfür stehen entsprechende Unterrichtsräume in ausreichender Anzahl zur Verfügung. Nach den Daten des Einwohnermeldeamts ist in den nächsten Jahren von leicht rückläufigen Schülerzahlen auszugehen. Dem Senat ist zwar bekannt, dass im Einzugsbereich der Grundschule Oberneuland erhebliche Wohnungsbaupotenziale bestehen, da eine Aktivierung dieser Flächen jedoch erhebliche Planungsvorläufe und eine entsprechende Marktaufnahme erfordern, können schulpflichtige Kinder aus Neubauvorhaben nur nach tatsächlicher Anmeldung in die konkrete Versorgungsplanung einbezogen werden. Der Senat geht zurzeit nicht von steigenden Klassenverbandszahlen und einer dauerhaften Vierzügigkeit der Grundschule Oberneuland aus, sodass auch eine entsprechende Erweiterung nicht vorgesehen ist.

Unabhängig davon bemüht sich der Senat, die Raumsituation im Verwaltungsbereich durch die Einbeziehung des Hausmeisterhauses zu verbessern. Die hierzu eingeleiteten Planungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin Speckert, haben Sie eine Zusatzfrage? Bitte sehr!

Abg. Frau **Speckert** (CDU): Warum ist dort nicht eher eine Lösung gefunden worden? Der Beirat Oberneuland beschäftigt sich mit diesem Thema bereits seit mehreren Jahren.

Senator Lemke: Wie Sie wissen, steht uns nicht unermesslich viel Geld zur Verfügung. Wir haben eine ähnliche Situation ungefähr in 70 Prozent ähnlicher Schulaltbauten. Wir arbeiten das Schritt für Schritt ab. Nachdem wir die Grundsanierung aufgrund der PCB-Fälle durchgeführt haben, das war in aller erster Priorität, greifen wir es jetzt ab 2007 konkret auf, arbeiten es nach einer klaren Prioritätenliste ab. Da gehen wir nicht danach, wer am lautesten schreit, sondern wo der Bedarf am niedrigsten ist.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin Speckert?

(Abg. Frau Speckert [CDU]: Nein, vielen Dank!)

Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Stahmann! - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Grüne): In dem Hausmeisterhäuschen wohnt ja die bisherige Hausmeisterin der Schule, die nicht mehr für diese Schule als Hausmeisterin tätig ist. Zu der Bitte, dass dieses Haus geräumt wird be-

ziehungsweise ein Wechsel stattfindet, damit das alte Haumeisterhaus für die Schule genutzt werden kann: Welche Hinderungsgründe bestehen dort noch, dass der Mietvertrag dort aufgelöst wird, weil die Fläche wirklich sehr wichtig für die Grundschule wäre?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich kann Ihnen nur zustimmen. Wir sind mitten in dem Prozess und hoffen, dass wir das Problem bald gelöst haben, dass wir diese zusätzlichen Räume für den Betreuungsbereich der verlässlichen Grundschule nutzen können und damit dann einen weiteren Raum für die Verwaltung und die Schulleitung zur Verfügung hätten. Ich hoffe, dass wir das bald abschließen können, aber das ist noch ein bisschen schwierig.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Grüne): Könnten Sie einen kurzen Zeitraum dafür skizzieren, bis wann das abgeschlossen sein soll? Frau Speckert hat ja schon darauf hingewiesen, die Auseinandersetzung um die zusätzlichen Räume läuft ja schon ein bisschen, und ich habe mitbekommen, dass der Rechtsstreit schon etwas länger dauert mit den bisherigen Mietern.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das ist richtig. Aber ich kann das nur zitieren, was eben meine Kollegin Rosenkötter gesagt hat. Ich bin kein Hellseher. Ich kann nicht sagen, wann dieser Rechtsstreit beendet ist. Ich hätte das längst gehofft, weil es naheliegend ist, diese Raumnutzung vorzunehmen. Wenn Sie mich jetzt persönlich fragen, aber das sage ich ohne jede Grundlage, dann hoffe ich, dass wir das in drei bis sechs Monaten abgeschlossen haben, aber wenn es irgendwelche neuen Beweisaufnahmen gibt in so einem Mieterrechtsstreit, dann kann es auch länger dauern. Wir kennen das Problem, wir arbeiten daran und versuchen, es so schnell wie möglich zu lösen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift „**Aggressive Werbung vor Bankfilialen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Perschau und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Oppermann!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Danke, Herr Präsident! Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die Eröffnung von Bankfilialen in der Bremer Innenstadt, in deren Auslagen in den Fenstern aggressiv für Kredite auf die Schnelle geworben wird?

Wie bewertet der Senat den Umstand, dass Passanten vor den Bankgeschäften angesprochen werden, um sie zum Besuch der Filiale zu bewegen?

Hält es der Senat für möglich, dass auf diese Weise gerade junge Menschen zu einem über-eilten Kredit und damit in die Verschuldung gedrängt werden?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Passanten vor Geschäftslokalen anzusprechen, um sie zum Besuch des Geschäfts zu bewegen, ist eine nicht unübliche Methode der Kundenwerbung. Der Senat sieht keine Veranlassung, diese Form der Kundenwerbung vor Bankgeschäften zu bewerten.

Dem Senat liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass durch diese Art der Kundenwerbung gerade junge Menschen zu einem übereilten Kredit und damit in die Verschuldung gedrängt werden. Der Schutz Minderjähriger ist gesetzlich sichergestellt. Bankkredite können nur an über Achtzehnjährige gewährt werden.

Ich ergänze die Vorlage: Die Eröffnung von Bankfilialen, die aggressive Werbung für die Vergabe von Krediten stehen nach meiner Auffassung nicht im Einklang mit den Grundsätzen einer verantwortungsvollen Kreditvergabe.

Präsident Weber: Herr Oppermann, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Frau Senatorin, halten Sie es für angemessen, dass in guter Lage in der Bremer Innenstadt neben eigentlich dümmlich aggressiver Reklame im Schaufenster, Fernsehen, dann auch noch mit Stellschildern geworben wird „Heute ist ein guter Tag, ihren X-, Y-, Z-Kredit“ - nenne ich ihn einmal - „zu prüfen und tausend Euro zu gewinnen“?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich glaube, wir dürfen uns darüber unsere eigene Meinung bilden, ob es angesagt ist, hier in der Innenstadt, in den Fußgängerpassagen weiterhin mit Stellschildern zu werben. Das ist Aufgabe des Ordnungsamtes, auch entsprechende Genehmigungen zu erteilen. Gleichwohl sage ich hier noch einmal, dass natürlich wir zunächst nicht zu bewerten haben, ob eine Werbung vorzunehmen ist oder nicht.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege Oppermann? - Bitte sehr!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, Frau Senatorin! Wir werden ja in der Bürgerschaft (Landtag) die Mitteilung des Senats beraten „Jugendliche vor Verschuldung schützen“. Ich stelle fest, dass zwischen Ihren Antworten, die Sie eben für den Senat gegeben haben, und zwischen dieser Drucksache „Jugendliche vor Verschuldung schützen“, damit meinen wir selbstverständlich auch Heranwachsende, für mich ein großer Unterschied besteht.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich darf vielleicht hier noch einmal aus der Antwort zitieren, es ist klar und gesetzlich geregelt, dass Kredite an unter Achtzehnjährige grundsätzlich und überhaupt nicht vermittelt werden dürfen. Insofern sehe ich keine Diskrepanz zu dem Vorhaben, hier Jugendliche vor Überschuldung zu schützen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Ich sehe das für meine Person anders! Danke schön!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Kinder drogenabhängiger Eltern schützen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Bartels, Karl Uwe Oppermann, Perschau und der Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Bartels!

Abg. **Bartels** (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident! Wir fragen den Senat:

Wie viele Kinder leben derzeit in der Stadt Bremen bei drogenabhängigen Eltern beziehungsweise allein erziehenden drogenabhängigen Elternteilen?

Wie viele dieser Kinder wurden seit dem Ergreifen von Sofortmaßnahmen nach dem Auffinden der Leiche von Kevin aus diesen Familien herausgenommen und in Pflegeeinrichtungen beziehungsweise bei Pflegefamilien untergebracht?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Nach dem Auffinden der Leiche von Kevin wurden im Rahmen des Sofortprogramms insgesamt circa 1000 Familien vom Jugendamt mit Unterstützung von Einrichtungen und freien Trägern der Jugendhilfe überprüft. Alle diese Familien erhielten oder erhalten Hilfeleistungen nach dem SGB VIII zur Kindeswohlsicherung. Davon waren 101 Familien, in denen mindestens ein Elternteil eine gravierende Suchtproblematik hat und dadurch in ihrer Erziehungsfähigkeit beeinträchtigt war oder ist. Da es jedoch keine zentrale Registrierung drogenabhängiger Personen gibt, kann die gestellte Frage nicht konkreter beantwortet werden. Einerseits sind uns nicht alle Drogenabhängigen bekannt, zum anderen sind bei der Erfassung der Personen, bei denen Kinder leben, keine exakten Zahlen gewährleistet, da Doppel- und Mehrfachnennungen nicht auszuschließen sind.

Seit der Durchführung von vermehrten Hausbesuchen und der Überprüfung der familiären Situation von potenziell gefährdeten Kindern wurden nach dem Auffinden der Leiche von Kevin im Oktober 2006 zwei Kinder aus einer Familie mit einer elterlichen Drogenproblematik in Obhut genommen. Die quantitative Erfassung der Einleitung von neuen Verfahren zur Inpflegenahme oder zur Aufnahme in Einrichtungen aus dieser Gruppe von Kindern konnte in der Kürze der Zeit der gestellten Frage nicht geleistet werden. Hierzu wäre eine dezentrale Abfrage in den 6 Sozialzentren notwendig. Eine solche Abfrage ist auch deshalb zeitaufwändig, da es sich bei der Entscheidung, ob es eine Inpflegenahme oder eine Aufnahme in eine Einrichtung geben soll, um ein länger andauerndes Verfahren handelt. - Soweit der Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Bartels, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bartels** (CDU): Frau Senatorin, bedeutet das, dass Ihr Ressort sofort Maßnahmen eingeleitet hat, obwohl man gar nicht weiß, welche Kinder bei Drogenabhängigen leben, also

auch nicht sichergestellt werden kann, dass alle Kinder bei drogenabhängigen Eltern in Augenschein genommen werden können?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Herr Abgeordneter, wir haben hier die Ausgangssituation, dass wir nur diejenigen betreuen können, die uns bekannte, drogenabhängige Eltern sind. Da wir kein Meldesystem aus nachvollziehbarem Grund dafür haben, welche Eltern Drogenprobleme oder Suchtprobleme haben, kann hier natürlich nicht gewährleistet werden, dass wir alle Kinder erfassen. Wir erfassen die Kinder von den Eltern, die uns als Drogenfälle bekannt sind.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bartels** (CDU): Frau Senatorin, welche Maßnahmen möchte der Senat ergreifen, um an solche Daten und Erkenntnisse zu kommen? Sicherlich ist nicht nur von Suchtproblematiken auszugehen, sondern ich rede hier von Schwerstdrogenabhängigen.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Herr Abgeordneter, ich darf noch einmal die Antwort wiederholen: Es besteht keine Meldepflicht für Menschen, die Drogen nehmen, und insofern ist die Problematik wirklich außerordentlich schwierig, hier wirklich ein Screening durchzuführen und zu sagen, ich kann alle Eltern erfassen, die möglicherweise eine Drogenproblematik haben.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bartels** (CDU): Frau Senatorin, Drogenabhängige werden doch sicherlich mit staatlichen Stellen in Berührung kommen, zum Beispiel mit dem Gesundheitsamt oder auch im Rahmen der Staatsanwaltschaft, wenn Beschaffungskriminalität vorliegt, müsste es Daten geben. Können Sie sicherstellen, dass es da eine Vernetzung und auch einen Datenabgleich gibt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Wir haben innerhalb unseres Sofortprogramms hier insbesondere einen sehr großen Wert auf die Vernetzung der einzelnen Stellen gelegt, die mit dieser Problematik insgesamt befasst sind, das heißt auch das Gesundheitsamt, die Staatsanwaltschaft, die Gerichte. Soweit hierzu Daten vorliegen, gehen wir davon aus, dass hier auch ein Aus-

tausch dieser Daten und dieser Fakten stattfindet und somit dann auch, wenn es notwendig ist, eine Betreuung erfolgt. Aber auch hier müssen Sie einfach davon ausgehen, dass wir natürlich zum Beispiel im Bereich der Ärzte einer Schweigepflicht unterliegen und nicht in jedem Fall davon ausgehen können, dass, wenn eine Drogenproblematik vorliegt, eine Meldung erfolgt.

Präsident Weber: Herr Kollege Bartels, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bartels** (CDU): Eine Zusatzfrage habe ich noch! Frau Senatorin, Sie sagen, dass es sehr lange dauert, bis man so dezentral die Sozialzentren nach den Daten abfragen kann. Welche Maßnahmen möchten Sie ergreifen, damit das zukünftig schneller vonstatten geht?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Wir haben im Zuge der Sofortmaßnahmen 1000 Familien, von denen wir wissen, dass dort problematische und risikobehaftete Verhältnisse vorliegen, auch überprüft. Insgesamt überlegen wir, ob in Zukunft Fallakten, die sich besonders im Bereich der Drogenproblematik befinden, mit einer besonderen Kennzeichnung versehen. Das muss unter anderem datenschutzrechtlich geprüft werden, ob das so möglich ist.

(Abg. Bartels [CDU]: Vielen Dank!)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage hat die Abgeordnete Frau Schmidtke. - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Frau Senatorin, durch den tragischen Tod des kleinen Kevin ist die Problematik der Eltern, die drogenabhängig sind, sehr in den Mittelpunkt gerückt. Sicher ist dies sehr berechtigt. Meine Sorge ist, dass hier eine Stigmatisierung passieren kann, die eigentlich keiner hier im Hause möchte, weil die Erfahrung zeigt, dass nicht nur Kinder drogenabhängiger Eltern als gefährdet anzusehen sind, sondern dass es auch in anderen Familien, selbst in sogenannten best situierten Familien, zu Risiken kommen kann, die bedeuten, dass wir ein besonderes Augenmerk auf diese Kinder haben müssen. Ist bei diesem verstärkten Hinsehen auf die Kinder der drogenabhängigen Eltern auch trotzdem sichergestellt, dass auf die anderen Kinder ebenso geachtet werden kann?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Sie haben es deutlich formuliert, dass natürlich nicht nur Kinder gefährdet sein können, die aus Familien kommen, in denen Elternteile eine Drogenproblematik aufweisen, sondern ganz generell diese Problematik da sein kann, und es wird hier auch nicht unterschiedlich intensiv gesehen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Schmidtke [SPD]: Danke, nein! Die Antwort war mir sehr recht!)

Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Stahmann! - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, könnten Sie ausführen, wie es zu diesen 1000 Fällen kommt und ob Fälle, die telefonisch gemeldet werden jetzt seitens von Schulen, Kindergärten, automatisch dann in die Statistik mit einfließen? Zum Beispiel: Ein Schulleiter meldet Kindeswohlgefährdung! Fließen dann diese Hinweise sofort in die Statistik ein und werden zu den Fällen, die zu überprüfen sind, gleich mit aufgenommen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Bei diesen 1000 Familien sind wir von dem Bestand ausgegangen, der sich im Oktober 2006 dargestellt hat. Hier ging es um 1000 Kinder, die in besonders risikobehafteten Familien wohnen und leben. Diese sind nunmehr überprüft worden. Sie wissen aus den Ankündigungen und aus den Überlegungen in meinem Ressort, dass wir zukünftig ein Telefon einrichten werden, sodass auch insgesamt hier diese Probleme, die von Schulen möglicherweise auftauchen, unmittelbar bearbeitet werden können und dann auch entsprechend in die Sozialzentren überwiesen werden, wo sie dann weiter verfolgt werden müssen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Das richtet sich ja in die Zukunft, Frau Senatorin. Wie geht Ihr Ressort damit um, wenn eine Schule anruft und sagt: Bitte überprüfen Sie die Familie des Kindes X, Y, wir haben einen Verdacht auf Gefährdung des Kindeswohls, uns liegen folgende Hinweise vor? Wie schnell reagiert Ihre Behörde in einem solchen Fall?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Die Rückmeldungen, die dort kommen, werden in aller Regel im Amt für Soziale Dienste aufgenommen und von dort aus in das zuständige Sozialzentrum weitergeleitet, sodass dort eine unmittelbare Abarbeitung erfolgen kann.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich hätte es gern etwas genauer, Frau Senatorin. Wie schnell greift die Behörde in einem solchen Fall ein, innerhalb von 24 Stunden, innerhalb einer Woche, oder heftet man das in der Statistik ab, die dann in zwei Wochen noch einmal überprüft wird, wo noch einmal Hausbesuche gemacht werden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Die Einschätzung einer Situation ist von einer Fachperson vorzunehmen, und hier ist dann zu entscheiden, wie schnell auch ein Eingreifen notwendig ist. Ob das ein Zeitraum von 10 Stunden, von 24 Stunden oder von einer Woche ist, hängt von der Situation ab, wie sie dort auch geschildert wird und wie sie von dieser Fachperson bewertet werden kann.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Kann man ausschließen, dass, wenn jetzt akute Hinweise auf Kindeswohlgefährdung eingehen und man denkt, wie Herr Bartels gesagt hat, die Eltern sind drogenabhängig und können sich nicht um die Erziehung des Kindes kümmern, dann innerhalb von 24 oder 48 Stunden schnell reagiert wird, dass dann eine Intervention, also ein Hausbesuch, sofort durchgeführt wird, oder wie läuft das derzeit ab?

Präsident Weber: Bitte sehr, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Soweit bekannt ist - das ist in diesem Fall immer die Voraussetzung -, dass es sich hier um Kinder von Eltern handelt, die eine Drogenproblematik haben, ist das Amt insgesamt, sind die Mitarbeiter sensibilisiert, um hier auch in der erforderlichen Zeit Maßnahmen zu ergreifen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Mit dem Begriff „erforderliche Zeit“ kann ich wenig anfangen. Gibt es eine Anweisung,

dass die Sozialarbeiter dann innerhalb von einem bestimmten Zeitraum eine Krisenintervention machen, oder gibt es bisher keine Anweisung?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Frau Abgeordnete, wir haben eine Reihe von Dienstanweisungen. Das Eingreifen bei einer Kindeswohlgefährdung ist nicht ausschließlich abhängig - da sind wir uns doch sicherlich einig - von einer Drogenproblematik der Eltern, und wenn eine Kindeswohlgefährdung nachweislich und erwiesenermaßen vorliegt, ist ein Eingreifen immer unmittelbar notwendig.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage liegt nicht vor.

Die elfte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde verlangt vom Senat Auskunft über die **Zukunft des Jugendfreizeitheimes Findorff**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Perschau und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Oppermann!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Zu welchem Zeitpunkt wird das Jugendfreizeitheim Findorff voraussichtlich in private Trägerschaft überführt werden?

Wie soll dabei die Qualität der Jugendarbeit des Jugendfreizeitheims weiterhin gesichert werden?

Welcher Träger wird den Betrieb des Jugendfreizeitheims zukünftig voraussichtlich übernehmen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Übernahme der Trägerschaft für das Jugendzentrum Findorff durch einen Träger der freien Jugendhilfe soll baldmöglichst vollzogen werden. Der neue Träger wird die Jugendarbeit in der Einrichtung auf der Grundlage der durch das Anpassungskonzept bestimmten inhaltlichen Vorgaben und im Rahmen des für Findorff verfügbaren Stadtteilbudgets qualifiziert fortsetzen.

Die Unterzeichnung des Überlassungsvertrags mit einem zunächst für die Übernahme vorgesehenen Träger hat sich verzögert, nachdem es unmittelbar vor der geplanten Vertragsunterzeichnung zu teilweise öffentlich im Stadtteil geführten Auseinandersetzungen über die konzeptionellen Grundlagen und die vom Träger in Aussicht genommene Struktur der Betriebsführung gekommen ist. Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ist bemüht, mit den Mitgliedern des Controllingausschusses Findorff, des Ortsamtes West, den betroffenen Fachkräften des Jugendzentrums und dem ursprünglich ausgewählten Träger mittels moderierter Gespräche eine einvernehmliche Klärung der strittigen Fragen zu erreichen.

Diese Gespräche dauern noch an. Würde sich die ursprüngliche Auswahl des Trägers bestätigen lassen, so könnte mit diesem der Überlassungsvertrag kurzfristig abgeschlossen werden. Für den Fall, dass dieser Träger nicht mehr zur Verfügung steht oder mit ihm kein Vertrag abgeschlossen werden kann, hat sich der ursprünglich auf Rangplatz 2 vom Controllingausschuss gesetzte Träger bereit erklärt, sich kurzfristig für eine Überlassung bereit zu halten.

Das Amt für Soziale Dienste hat sichergestellt, dass der Betrieb des Jugendzentrums Findorff bis dahin durch das verbliebene Personal im Rahmen des Möglichen aufrechterhalten wird. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Oppermann, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Frau Senatorin, für Außenstehende ist es mitunter unverständlich, wie aus Liebe Hass werden kann und wie Tischtücher zerrissen werden. Das ist ja eigentlich die Situation, die wir in Findorff vorgefunden haben. Der zunächst ausgewählte Partner war der erklärte Favorit von allen beteiligten Gruppen in Findorff. Ich habe jetzt Ihre Antwort so verstanden, dass Sie nicht vorhaben, gegen den Willen von Controllingausschuss, Beirat und Ortsamt einen Träger einzusetzen, der diesen drei Gremien nicht genehm ist.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Zunächst finde ich es natürlich bedauerlich, dass wir dort nicht unmittelbar im Anschluss einen Träger haben einsetzen können, Sie haben es sehr deutlich geschildert, dass es dort Meinungsverschiedenheiten auch über die Fortführung der Arbeit

gegeben hat. Wir werden dort im ganz normalen Verfahren, das heißt, dass der Controllingausschuss hier auch mit einbezogen werden muss, eine Entscheidung herbeiführen. Ich gehe davon aus, dass wir zum 1. März 2007 das Jugendzentrum dann unter neuer oder bewährter Leitung führen können.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage von der Abgeordneten Frau Busch! - Bitte sehr!

Abg. Frau **Busch** (SPD): Frau Senatorin, trifft es zu, dass Sie noch einmal in das Verfahren eingestiegen sind auf Wunsch der Beteiligten in dem offiziellen Verfahren, weil es Ihnen um die Fortführung der bisher guten Jugendarbeit im Stadtteil geht?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ja, das trifft zu, und wir haben dort mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dieses Verfahren noch einmal begonnen und das Verfahren moderiert.

Präsident Weber: Bitte, Frau Abgeordnete Busch!

Abg. Frau **Busch** (SPD): Dafür darf ich mich schon einmal im Namen aller bedanken. Ich habe noch eine weitere Zusatzfrage: Es ist also nicht aufgrund des erst kürzlich stattgefundenen Stadtteilbesuchs von Herrn Perschau notwendig gewesen, in dieses Verfahren noch einmal einzusteigen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Wir waren dort, und das wissen Sie, glaube ich, Frau Abgeordnete, dass wir über einen langen Zeitraum hinweg Gespräche in Findorff geführt haben, um dieses Jugendzentrum in Findorff auch weiter zu erhalten und es für den Stadtteil weiter nutzbar zu machen. Ich bin froh darüber, dass wir auch in dieser Krisensituation sozusagen einen Betrieb aufrechterhalten können.

(Abg. Frau Busch [SPD]): Herzlichen Dank!

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Crueger! - Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Eigentlich möchte ich nur eine Frage des Kollegen Oppermann wiederholen, weil mir die Antwort noch nicht eindeutig genug war. Frau

Senatorin, ich verstehe Sie also richtig, es wird keine Lösung für das Freizeitheim Findorff für die Trägerübernahme geben, die gegen die dortigen Stadtteilgremien, sprich den Controllingausschuss und den Beirat, gefällt wird? Ist das richtig?

Senatorin Rosenkötter: Ich darf das noch einmal aus der Antwort zitieren, dass dort der Controllingausschuss Findorff und Ortsamt West sozusagen hier an der Entscheidung beteiligt werden, wie es auch das normale Verfahren vorsieht.

Präsident Weber: Herr Kollege Crueger, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Das war genau der Punkt, weshalb ich mich noch einmal gemeldet hatte, weil zwischen beteiligt werden und keine Entscheidung gegen ein Votum fällen, also quasi ein Vetorecht zu haben, dann doch, glaube ich, noch einmal ein Unterschied ist. Gibt es ein Vetorecht für die Stadtteilgremien, oder wird es schlimmstenfalls möglich sein, dass es zwar eine Beteiligung der Stadtteilgremien gibt, am Ende aber ein Ergebnis, das gegen das Stadtteilvotum ausläuft? Dann haben wir da einen Träger im Freizeitheim, den im Stadtteil keiner so richtig will. Das wäre ja eigentlich keine wünschenswerte Situation.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Herr Abgeordneter, ich vermag im Moment nicht zu sagen, ob es formal ein Vetorecht für ein Stadtteilgremium gibt. Aber gleichwohl ist es, glaube ich, sehr eindeutig, dass es notwendig ist, hier auch im Einvernehmen mit dem Stadtteil eine Lösung zu erzielen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage von der Abgeordneten Frau Schwarz! - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Frau Senatorin, ist Ihnen und den anderen Entscheidungsträgern bekannt, dass das Jugendzentrum Findorff weit über Findorffs Grenzen hinweg eine wichtige Jugendarbeit geleistet hat?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Das ist uns sehr wohl bekannt, und ich finde es vorbildlich, dass hier auch Arbeit geleistet wird, die über den Stadtteil hinaus eine Wirkung erzielt.

(Abg. Frau Schwarz [SPD]: Danke!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit Beantwortung dieser Frage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Meine Damen und Herren, für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Information der Öffentlichkeit über öffentliche Investitionen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. August 2005
(Drucksache 16/385 S)

Wir verbinden hiermit:

Information der Öffentlichkeit über öffentliche Investitionen

Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2006
(Drucksache 16/644 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Neumeyer, ihm beigeordnet Frau Staatsrätin Kramer.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. August 2005, Drucksache 16/385 S, ist von der Stadtbürgerschaft in ihrer 26. Sitzung am 8. November 2005 an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss und in ihrer 29. Sitzung am 24. Januar 2006 an die städtische Deputation für Bau und Verkehr, federführend, überwiesen worden. Diese legt nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 16/644 S ihren Bericht dazu vor.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! An den Daten konnten Sie ja schon sehen, dass dieser Antrag einen langen zeitlichen Vorlauf hat. Wir haben diesen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, weil wir wollten, dass in Zukunft bei allen Bauvorhaben, die das Land oder die Stadtgemeinde mit mehr als 100.000 Euro finanziert oder auch mitfinanziert, die Öffentlichkeit über die Kosten, den Baubeginn und den geplanten Abschluss des Bauvorhabens informiert wird. Also eigentlich ein ganz einfacher Antrag mit aus unserer Sicht nachvollziehbaren Forderungen! Die Menschen in

Bremen sollten auf den Bauschildern darüber informiert werden, was eine Baumaßnahme kostet.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Wir konnten uns überhaupt nicht vorstellen, dass der Senat etwas dagegen haben könnte, aber da haben wir uns leider geirrt. Doch dazu gleich! Des Weiteren sollten auf den Bauschildern die beteiligten Firmen, die verantwortlichen Behörden genannt werden und die Herkunft der Mittel, also, ob eine Maßnahme beispielsweise kofinanziert wird beispielsweise durch die EU oder aber vom Bund. Diese Informationen sollten auch auf den Internetseiten des Senats auftauchen genauso wie Veränderungen, zum Beispiel wenn eine Maßnahme teurer als geplant oder vielleicht ja auch, was auch einmal vorkommen kann, billiger als geplant wird.

Zu guter Letzt sollte nach Abschluss einer Baumaßnahme der Baudeputation sowie dem Haushalts- und Finanzausschuss über die tatsächlich entstandenen Kosten berichtet werden, und die tatsächlich entstandenen Kosten sollten auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Bisher ist es nämlich ein gut gehütetes Geheimnis, was unter dem Strich eine Baumaßnahme tatsächlich gekostet hat. Ich erinnere einmal an ein Beispiel: So wurden aus sogenannten Restmitteln des damaligen Umbaus des Schüsselkorbs im Anschluss an die Fertigstellung der Baumaßnahme noch weitere, andere Baumaßnahmen finanziert, weil offensichtlich die vorgesehenen Gelder doch sehr großzügig ermittelt wurden.

Also, wir wollten mit unserem Antrag erreichen, dass die Bürger und Bürgerinnen in unserer Stadt wissen, wie viel Geld für welches Bauge-schehen ausgegeben wird und woher es kommt. Über Sinn oder Unsinn einer Baumaßnahme kann sich so jeder Bürger und jede Bürgerin dann anschließend ein eigenes Bild machen. Wir wollten Kostentransparenz und Kostenbewusstsein stärken. Wir dachten, dass so etwas eine gute Sache sei in einer Stadt, die mit ihrem Geld sorgfältig umgehen muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber, wie schon gesagt, wir haben uns leider geirrt. Zwar wurde der Antrag sozusagen nicht naturgemäß abgelehnt, sondern in die Baudeputation und in den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen, aber die Baudeputation teilt der Bürgerschaft heute mehrheitlich mit, dass die Bürgerinnen und Bürger in Bremen denn doch nicht so genau darüber informiert

werden sollen, was eine Baumaßnahme kostet. Eine verpflichtende Beschilderung von Baumaßnahmen der öffentlichen Hand, und ausschließlich um die geht es hier, ab einer Größenordnung von 100.000 Euro wird von Ihnen abgelehnt.

Dies kritisieren wir deutlich, zeigt es doch vor allem, dass Sie sich weiterhin nicht in die Karten schauen lassen wollen und von Transparenz und Bürgerinformation wenig halten, meine Damen und Herren. Sie wollen weiter so hinter verschlossenen Türen hin und her werkeln, wie Sie es bisher getan haben.

Sie reden sich heraus mit so wenig überzeugenden Argumenten wie: Das sei national völlig unüblich, oder es wären zu viele Bauschilder nötig, oder aber, und das ist nun eine ganz dumme Ausrede, Kostenangaben würden zu Wettbewerbsverzerrungen unter den Anbietern führen, oder gar, die Finanzierung sei zu kompliziert, um sie auf Bauschildern darzustellen. Sagen Sie doch endlich einmal, wie es eigentlich wirklich ist! Sie wollen in Wirklichkeit einfach nicht, dass die Bevölkerung genau Bescheid weiß.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie das zugeben würden, dann wären Sie wenigstens ehrlich. So aber versuchen Sie mit viel Tamtam und vielen Worten zu sagen, es geht alles nicht, und ich finde das unehrlich von Ihnen. Ich finde es vor allen Dingen unwürdig, weil Kostentransparenz und Kostenbewusstsein doch überhaupt erst dann entstehen, wenn die Bürger überhaupt wissen, was etwas kostet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eines will ich auch nicht verschweigen: In Zukunft soll immerhin nach Abrechnung einer Baumaßnahme der Baudeputation und dem Haushalt- und Finanzausschuss über die tatsächlich entstandenen Kosten berichtet werden, und dies soll dann auch im Internet stehen. Meine Damen und Herren, ein kleiner, kleiner Sieg für die Grünen in der immerhin peinlichen Ablehnung unseres Antrags! Und weil es so peinlich ist, lehnen wir wiederum Ihren Bericht, den Sie heute hier der Bürgerschaft vorgelegen, ab, mit Ausnahme des Punktes 4. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Krusche, Ihr Antrag heißt „Information der Öffentlichkeit über öffentliche Investitionen“, und nicht „Darstellen von Kosten für Bauvorhaben auf Schildern“.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Steht doch in dem Antrag alles drin!)

Karin, wir hatten darüber auch in der Baudeputation schon geredet, ich will das heute auch noch einmal darstellen. Was mich an der ganzen Diskussion ein bisschen ärgert und was ich dann wiederum unehrlich finde, ist, dass Sie hier einen Investitionsbegriff transportieren, von dem ich gedacht habe, dass er im Hause eigentlich mittlerweile ein anderer wäre. Investitionen sind beileibe nicht nur Bauinvestitionen in Straßen, Wege und Plätze, sondern vielmehr auch Schulsanierung, Förderung von Umwelttechnik oder Forschungsentwicklungen, und es geht hier nicht nur um Steine, und es geht auch nicht nur um Straßen, Wege, Plätze, sondern es geht bei Investitionen noch um viel mehr. Da hatte ich angenommen, dass wir uns da mittlerweile einig seien.

Gerade von Ihnen, meine Damen und Herren von den Grünen, habe ich immer wieder gehört, dass es nicht nur um Investitionen in Beton geht, sondern auch um Investitionen in Köpfe. Karin, wenn wir das dann ernst nehmen würden mit der Transparenz bei Investitionen, müssten wir natürlich auch bei der Förderung von Windkrafträdern Schilder davor stellen oder bei den Schulsanierungen auch Schilder davor stellen, oder wenn Personal aus AIP-Geldern bezahlt wird, müsste dieses dann ein Schild um den Hals haben. Ich glaube aber nicht, dass das Sinn und Zweck dieser Geschichte ist, und das hatte ich, glaube ich, auch schon thematisiert bei der Einbringung Ihres Antrags.

Soweit zum Überbau, jetzt komme ich zum Konkreten! So, wie der Antrag im Einzelnen ist, das hatten Sie bereits gesagt, lehnen wir ihn ab. Aber wir übernehmen doch, wie Sie das auch schon gesagt haben, eine grundsätzliche Idee aus dem Antrag. Die grundsätzliche Idee ist, dass wir auf solchen Schildern die baulichen Investitionen der Hansestadt Bremen darstellen. Das ist richtig, es macht unbestritten Sinn, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, dass beispielsweise die Erdbeerbrücke saniert wird und dass das die Firma XYZ im Auftrag des Amtes für Straßen und Verkehr tut. So ist es auch auf den normalen Hochbauschildern schon lange der Fall. Das werden wir in Zukunft tun. Deswegen haben Sie den Beschluss auch nicht zu Ende zitiert, der da

heißt: „Ab einer Größenordnung von 500.000 Euro sind Baustellenschilder mit den üblichen Angaben vorzusehen.“

Ebenso werden wir die Öffentlichkeit über das Internet umfangreich informieren über die Investitionen des Bausenators. Das wird auf den Seiten des Bausenators stehen, das ist öffentlich zugänglich, das ist bekannt, und dazu gehören dann auch die Kosten der Maßnahme nach Abschluss derselben.

Was wir nicht wollen, ist, die Kosten gleich auf das Schild zu schreiben. Das geht aus wettbewerblichen Gründen wohl nicht. Was wir auch nicht wollen, ist, Schilder schon ab 100.000 Euro aufzustellen. Da schildern wir uns dann irgendwie die ganze Stadt wieder zu, nachdem wir gerade mühsam erst den Schilderwald abzubauen begonnen haben, wie das ja vor kurzem in der Baudeputation auch diskutiert worden ist.

In diesem Sinne, denke ich, ist die Öffentlichkeit über Schilder ab 500.000 Euro und über das Internet ausreichend informiert, und wir bitten deshalb die Stadtbürgerschaft, die entsprechenden Beschlüsse, die Ihnen hier vorliegen, zu fassen. Den weitergehenden Antrag der Grünen lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Nächster Redner ist der Kollege Focke.

Abg. **Focke** (CDU)*: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann da nahtlos anschließen an das, was Frau Kummer gesagt hat. Ich will nur noch einmal sagen, was das bedeuten würde, wenn wir ab 100.000 Euro Schilder aufstellen wollen: Das wären allein nur in dem kleinen Bereich der Bauverwaltung zurzeit 145 Schilder, ohne Gesundheit Nord, ohne BIG Bremen, bremenports, Universität, ohne diese ganzen Institutionen. Wir würden uns wirklich zuschildern, und wir wollen ja genau das Gegenteil in dieser Stadt erreichen, nämlich nicht so viel Beschilderung. Transparenz ist herstellbar in jedem Punkt, für jede Maßnahme auch unter 100.000 Euro. Über das Informationsfreiheitsgesetz, das wir ja wunderbar haben, kann jeder alles abfragen, meine Damen und Herren!

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen brauchen wir das nicht auf ein Schild zu schreiben. Jeder, der ein Interesse

daran hat, kann Akteneinsicht nehmen und sehen und nachlesen, was das kostet.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Dafür ist das Informationsfreiheitsgesetz ja auch mit geschaffen worden, dass die Bürger in der Lage sind, alles nachzuvollziehen, was der Staat macht. Dann ist die Größenordnung 500.000 Euro angesprochen worden, das ist in Ordnung.

Es ist aber noch mehr beschrieben worden hier. Es ist auch so, dass wir die Baudeputation und auch den Haushalts- und Finanzausschuss über die abgeschlossene Maßnahme, wie sie schlussendlich abgeschlossen ist, informieren werden. Das haben wir bisher auch nicht gehabt, das war ein gemeinsames Bemängeln.

Dann, Frau Krusche, es ist tatsächlich wahr, es hat länger gedauert, diesen Antrag zu beraten, ungefähr anderthalb Jahre, das ist richtig. Aber das zeigt eben auch, dass es nicht so ganz einfach ist, wenn man etwas aufschreibt, das auch sofort umzusetzen, weil viele Dinge nicht berücksichtigt worden sind bei diesem Schnellschuss sozusagen, und deswegen war es ganz gut, dass wir den Antrag überwiesen haben.

Es hat natürlich auch Wettbewerbsgründe, wenn wir alles ganz einzeln öffentlich darlegen, dann werden wir uns wahrscheinlich wundern, dass wir keine guten Angebote mehr einholen, weil alles darauf ausgerichtet ist, dass man die Zahlen für ähnliche Bauvorhaben irgendwo öffentlich entnehmen kann. Das ist natürlich eine Wettbewerbsverzerrung und ein Nachteil für die öffentliche Hand, weil dann alle genau wissen, wie kalkuliert wird, und das wollen wir eben nicht. Das hat auch länger gedauert, das zu prüfen, und das ist auch in Ordnung. Ich glaube, wir haben jetzt hier einen guten Abschluss gefunden, dass wir das auch gut hier beschließen können. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Focke, liebe Kollegin Kummer, Sie stellen das hier nicht korrekt dar. Sie haben ganz eindeutig gesagt - abgesehen von den Summen -, 100.000 Euro geht sowieso schon einmal nicht, dann bekommen wir einen neuen Schilderwald. Es ist eine politische Entscheidung, ob man Schilder abbaut oder auf-

* Vom Redner nicht überprüft.

baut. Bei einem Verkehrsschilderwald stimme ich Ihnen durchaus zu. Jedes überflüssige Verkehrsschild soll von mir aus gern abgebaut werden. Wir reden hier aber über Bauschilder. Wir reden darüber, dass wir glauben, dass es aus Kostentransparenzgründen, aus Bürgerfreundlichkeit notwendig ist, Bürgerinnen und Bürger über eine Baumaßnahme und ihre Kosten zu unterrichten, und zwar im Vorfelde.

Wenn ein Schild aufgestellt wird, soll darauf stehen, was diese Baumaßnahme kostet. Sie wissen doch selbst aus eigener Erfahrung, dass oft ganz andere Summen hinterher dabei herauskommen. Ich finde es schon wichtig, dass ein Bürger das Recht hat, im Vorfelde zumindest zu wissen, hier plant die Stadt folgende Baumaßnahme, beteiligt sind X,Y,Z an Beteiligungen, an finanzieller Beteiligung. Es gibt für mich überhaupt keinen Grund, so etwas nicht zu tun, außer dass Sie eben Kostentransparenz scheuen.

Was Sie jetzt beschlossen haben, sagen Sie ganz deutlich, dass auch bei Maßnahmen ab 500.000 Euro keine Kosten auf Baustellenschildern auftauchen sollen. Das soll nicht passieren. Sie sagen lediglich, wenn eine Maßnahme fertig ist, wenn man de facto weiß, ob die Wachmannstraße statt so und so viel fünfzig Prozent teurer geworden ist, dann darf man das hinterher irgendwo im Internet nachlesen. Das wollen wir doch gerade nicht. Wir wollen vorher, dass Sie sich Gedanken machen, was eine Maßnahme kostet, und dass die Leute, die einer Baumaßnahme vorbeigehen, das auch nachvollziehen können.

Frau Kummer sagt, wir hätten so einen komischen Investitionsbegriff. Liebe Frau Kummer, wenn Sie sich jetzt nur an der Überschrift stören, nämlich „Informationen der Öffentlichkeit über öffentliche Investitionen“, wenn es nur um das Wort Investitionen geht, dann sind wir da sofort bereit, Bauinvestitionen noch hinzuzufügen. Ich bin mit Ihnen doch gar nicht auseinander, dass es noch mehr Investitionen in Bremen gibt. Gott sei Dank! Investitionen in Kultur, Investitionen in Bildung und Wissenschaft! Darum geht es doch gar nicht.

Wir haben uns ganz speziell die Bauinvestitionen vorgenommen, weil da auch am meisten Schmu passiert. Das muss man doch auch ganz eindeutig sagen, meine Damen und Herren. Die Kosten sind bei Weitem nicht immer ehrlich. Das muss man ganz deutlich sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zurufe von der CDU: Was?)

Ein Beispiel vielleicht noch einmal! Nehmen wir den geplanten Umbau der Küche des Klinikums Mitte! Zunächst ist da von 7, 5 Millionen Euro die Rede, dann erzählt Herr Bremermann, es sind doch 13, 9 Millionen Euro, dann erzählt der Senat, nein, es werden 14 Millionen Euro, intern hört man inzwischen die Summe 18 Millionen Euro. Darum geht es doch, dass wir endlich einmal Kostentransparenz haben für die Bürgerinnen und Bürger. Insofern kann ich nach wie vor nicht verstehen, dass Sie diese einfache Forderung von uns ablehnen. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Herr Senator Neumeyer.

Senator Neumeyer: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Wenn man die Kollegin Krusche hier hört, könnte man denken, wir reden über ein fundamentales Problem der Stadtgemeinde Bremen. Die Wahrheit ist, dass hier ein ziemlicher Luftballon aufgeblasen wird.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie bitte? Frechheit!)

Die Wahrheit ist, dass sich die Baudeputation sehr intensiv mit der Fragestellung beschäftigt hat, wie mehr Transparenz in der Darstellung auch im Vollzug von Baumaßnahmen hergestellt werden kann. Die Wahrheit ist auch, dass sich die Baudeputation mehrheitlich sehr vernünftig, sehr pragmatisch dem Weg genähert hat, nämlich definiert hat, dass ab einer Größenordnung von 500.000 Euro auch öffentliche Transparenz herzustellen ist.

Ich halte dies für einen sehr praktikablen Vorgang, zumal, was Frau Krusche eben verschwiegen hat, ja nicht nur die Kosten der Maßnahme auf das Schild sollen, sondern auch Veränderungen im Vollzug verpflichtend, wie man dem Ursprungsantrag der Grünen entnehmen kann, auf dem Schild abgebildet werden sollen.

Stellen Sie sich das bitte einmal vor! Wir sind bei einer Schulsanierung. Wir stellen fest, es gibt auf einmal ein Asbestproblem. Das wird natürlich nicht dazu führen, dass die Baumaßnahme unterbrochen wird, sondern es wird dazu führen, dass die Asbestsanierung vorzunehmen ist. Nun stellen Sie sich vor, wir sind bei einer Kanalbaumaßnahme, und wir treffen auf einen Blindgänger im Erdreich. Dann muss der natürlich entsprechend beseitigt werden.

Kurzum: Der Vorschlag der Grünen, wenn wir ihn auch auf kleinere Bauvorhaben reduzieren

würden, würde im täglichen Arbeitsleben zu sehr wenig Praktikabilität führen. Die Unterstellung, dass Schmu gemacht wird, finde ich nun allerdings ziemlich abenteuerlich. Auf der einen Seite zu sagen, wir sollen die Maßnahmen des Bauressorts darstellen, auf der anderen Seite als Beispiel eine Maßnahme zu nennen, das gerade nicht von dieser Maßnahme betroffen wäre, nämlich eine Maßnahme im Rahmen der Umbaumaßnahmen des Klinikums Bremen-Mitte, das zeigt, dass hier auch viele Sachen einfach durcheinander gewürfelt werden und dass hier ein Eindruck erweckt werden soll, der an den Realitäten maßgeblich vorbeigeht.

Frau Krusche, Sie wissen selbst sehr genau, Sie sind Mitglied des Vergabeausschusses, dass jede Baumaßnahme, jede Subvention einer Baumaßnahme einzeln zu genehmigen und abzurechnen ist. Dazu gibt es einen Vergabeausschuss, dazu ist die Rechnungslegung zu prüfen. Entsprechend kann hier nicht irgendeine Verwaltung, sei es die Gesundheits-, sei es die Bauverwaltung oder irgendein Krankenhaus, machen, was sie will. Dazu gibt es auch Beschlusslagen, dazu gibt es politische Vorgaben des Vergabeausschusses beziehungsweise des Parlaments.

Infolgedessen kann ich nur sagen, dass das, was die Koalition macht, praktikabel ist. Damit macht Bremen - das ist sogar unüblich - sehr viel mehr als alle anderen Bundesländer. Nun lassen Sie uns doch einfach einmal die Kirche im Dorf lassen! Lassen Sie uns doch stolz darauf sein, dass wir gemeinsam mehr Transparenz organisieren, als es üblicherweise im Bund der Fall ist. Tun Sie nicht so, als wenn wir hier ein Hort der Intransparenz sind!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/385 S die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nun lasse ich über die in der Mitteilung des Senats enthaltene Beschlussempfehlung der städtischen Deputation für Bau und Verkehr abstimmen. Hier ist von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine getrennte Abstimmung gewünscht worden.

Ich lasse zunächst über die Ziffern 1 bis 3 und die Ziffer 5 dieser Beschlussempfehlung abstimmen.

Wer diesen Ziffern seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt den Ziffern 1 bis 3 und der Ziffer 5 zu.

Jetzt lasse ich über die Ziffer 4 abstimmen.

Wer der Ziffer 4 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt auch der Ziffer 4 zu.

(Einstimmig)

Damit ist den Beschlussempfehlungen insgesamt zugestimmt worden.

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

**Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntgabe vom 31. Mai 2001
76. Änderung**

**- Industriebahnhöfen, Oslebshausen, Neustädter Hafen, Mahndorf (Windkraftanlagen) -
Teile A - F**

Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2006
(Drucksache 16/646 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Plan zur 76. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Verbesserung der Ferienangebote in der Kindertagesbetreuung

Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2006 (Drucksache 16/648 S)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Rosenkötter, ihr beigeordnet Staatsrat Dr. Schuster.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Kollege Bartels.

Abg. **Bartels** (CDU)^{*)}: Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bereits zu den Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2006/2007 haben wir uns mit unserem Koalitionspartner verabredet, die Ferienangebote in der Kindertagesbetreuung auszubauen und dies mit 300.000 Euro zu hinterlegen, und zwar zur Verbesserung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Stärkung der frühkindlichen Bildung und Erziehung. Das dazugehörige Konzept wurde im Jugendhilfeausschuss und in der Deputation für Soziales konstruktiv diskutiert. Ihm wurde zugestimmt, und so debattieren wir heute also die entsprechende Mitteilung des Senats.

Der Betreuungsanspruch gemäß Paragraph 7 des Bremischen Kindertagesbetreuungsgesetzes bedeutet, dass überwiegend die Betreuung von Kindern erwerbstätiger Eltern zu gewährleisten ist und auch während der jährlichen vierwöchigen Schließungszeit gilt. Aufgrund der gegenwärtigen Ausstattung der Einrichtungen der freien Träger und des städtischen Eigenbetriebes KiTa Bremen ist eine Ferienbetreuung für durchschnittlich heutzutage rund 50 Prozent, so heißt es in der Mitteilung des Senats, der Kinder in einem Alter von drei bis

sechs Jahren und der unter dreijährigen Kinder in alterserweiterten Gruppen derzeit realisierbar, während im Hortbereich die gegenwärtige Personalausstattung rechnerisch eine durchgehende Betreuung aller Hortkinder erlaubt.

Die Verbesserung der Ferienbetreuung bedeutet, dass die Grundausrüstung der Einrichtungen personell und sächlich verbessert werden muss. Nach dem nun vorgelegten Modell werden nach Einschätzung des Ressorts ab 2008 jährlich rund drei Millionen Euro zusätzlich benötigt. Pro Schulferienwoche wären also zusätzlich Mittel in Höhe von 330.000 Euro notwendig. Das ist bei unserer schwierigen Haushaltsnotlage eine riesige Riesensumme, und dennoch setzen die Koalitionspartner hier einen Schwerpunkt, indem sie gemeinsam den stufenweisen Ausbau der Ferienbetreuung zu ihrer Politik machen.

Es gibt also eine erhebliche Anzahl von Kindern, die nur im geringeren Umfang beziehungsweise während der Schließzeiten in den Ferien nicht von den Angeboten der Tagesbetreuung profitieren und, was dies angeht, ganz offensichtlich weniger in ihrer Entwicklung gefördert werden können. Kindertagesbetreuung darf heute aber nicht bedeuten, dass Kinder nur im Kindergarten abgegeben und betreut werden. Es geht heute vielmehr um frühkindliche Bildung und frühkindliche Erziehung. Dann gehört dazu, dass wir mit der Umsetzung des Rahmenplans für Bildung und Erziehung in Bremen auch dafür Sorge tragen müssen, dass unsere Kinder an den vorhandenen und gestaltbaren Angeboten der Kindertagesbetreuung ganzjährig teilhaben können. Was wir wollen, ist Kontinuität in dieser frühen Phase der Bildung und Erziehung unserer Kinder.

Insbesondere Kinder aus schwierigen sozialen Lebenslagen, also zum Beispiel dort, wo im Vergleich weniger Eltern berufstätig sind beziehungsweise nur ein Elternteil erwerbstätig ist, haben häufig keinen Anspruch auf Betreuung in den Schulferien. Im Extremfall haben diese Kinder, die aber vielleicht eine besondere Förderung benötigen, jährlich bis zu dreizehn Wochen geringere Entwicklungsförderung wie zum Beispiel bei der Sprachentwicklung, als sie zum Beispiel Kinder erwerbstätiger Eltern haben.

Bei diesem Ausbau der Ferienbetreuung wird hauptsächlich die personelle Ausstattung zu verbessern sein. Dabei legen wir großen Wert darauf, auch für die Kolleginnen und Kollegen mit befristeten Stellen wie bei KiTa Bremen zum Beispiel eine Lösung zu finden, die viel zu hohe Zahl der ständigen Neubefristungen zu

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

verringern und den Kolleginnen und Kollegen eine langfristige Planungssicherheit zu verschaffen. Wir wollen diesen Ausbau stufenweise. Freiwerdende Ressourcen, zum Beispiel aus dem demografischen Wandel, wollen wir dazu nutzen.

Wir werden als CDU-Fraktion mit unserem Partner genau diesen Ausbau auch weiter unterstützen, weil es ein bildungspolitisches Ziel verfolgt, nämlich die Chancengerechtigkeit zu verbessern und den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft zu entkoppeln.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion bedankt sich ausdrücklich für diese Mitteilung des Senats und wird den Ausbau der Ferienbetreuung vorantreiben. Es ist ein guter Vorschlag des Senats. Ich bedanke mich für die geschätzte Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich auf der Besuchertribüne recht herzlich eine Gruppe des örtlichen Personalrats der Dienststelle der Bundeswehr „Zentrum operative Information“. Herzlich willkommen in unserem Hause!

(Beifall)

Das Wort erhält nunmehr Herr Kollege Grotheer.

Abg. **Grotheer** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir freuen uns als SPD-Fraktion natürlich sehr darüber, Herr Bartels, dass Sie als unser Koalitionspartner diese Initiative, die wir ja damals bei den Haushaltsberatungen ergriffen haben, unterstützt haben - im Ergebnis jedenfalls, es war ja zu Anfang nicht so ganz einfach, wenn ich mich richtig erinnere -, und dass Sie jetzt auch hier mit uns gemeinsam diese Mitteilung des Senats begrüßen können, mit der dieses Projekt umgesetzt werden soll, ist auch eine gute Nachricht.

(Beifall bei der SPD)

Meine eigenen Zwillinge sind jetzt zweieinhalb Jahre aus dem Kindergarten heraus. Ich kann mich noch gut erinnern, wie das mit dem Feriendienst war. Das war nicht so ganz ohne! Ich weiß, dass Eltern ganz dringend darauf angewiesen sind, dass in den Ferien auch eine Betreuung der Kinder in den Kindertageseinrichtungen stattfindet, dass das verlässlich

stattfindet, dass man planen kann, und das ist ja für die familiären Dinge ganz wichtig.

Wir reden hier also nicht über ein abstraktes Projekt, über ein Programm, sondern ganz konkret darüber, wie es in den bremischen Kindertageseinrichtungen zu Verbesserungen kommen kann. Dies ist ein Thema, das für die Menschen in der Stadt in Bremen, glauben wir, ganz wichtig ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir leben hier in einer Stadt mit einer eigentlich guten Sozialstruktur, der Auffassung sind wir als Sozialdemokraten, aber auch wir sind natürlich vom sozialen Wandel betroffen, und wir sehen, es gibt einen Teil von Bevölkerung, dem geht es gut, und es gibt einen anderen großen Teil, eine große Zahl von Menschen, die arm sind und die auch nicht in der Lage sind, kommunale Angebote zu nutzen, weil auch dort, zum Teil jedenfalls, Gebühren, Beiträge erhoben werden müssen, um das Ganze finanzieren zu können.

Besonders betroffen von diesen Begleitumständen sind Kinder, vielfach sind es die Kinder von alleinerziehenden Mitbürgerinnen und Mitbürgern, und besonders häufig sind Kinder betroffen, die in Familien mit mehr als fünf Personen im Haushalt leben. Das Ganze ist so zu beobachten, dass diese Problematik sich nicht gleichmäßig über die Stadt verteilt, sondern es gibt bestimmte Gebiete, in denen ich Benachteiligungen sehe und wo wir sehen, dass vorhandene Schwächen durch diese Situation noch verstärkt werden. Deshalb treten wir als Sozialdemokraten dafür ein, dass die Programme wie WiN, Soziale Stadt und LOS auf weitere Ortsteile ausgeweitet werden können, wobei natürlich immer auch daran gedacht werden muss, dass die entsprechenden Mittelansätze in den Haushalten erhöht werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen eine Vernetzung der Angebote in den Stadtteilen zwischen Schule, zwischen den Häusern der Familien, zwischen den Bürgerhäusern und den Kindergärten, um diese Angebote, wo immer es geht, effektiv miteinander zu verknüpfen, um einerseits Kosten zu sparen und andererseits das Ganze möglichst effektiv zu organisieren. Deshalb werden wir uns weiterhin, wie wir das bisher schon gemacht haben, auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass Kinderbetreuung in Bremen verbessert wird.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Das betrifft diesen Bereich, über den wir heute konkret wegen der Mitteilung des Senats diskutieren, aber es betrifft auch einige andere Bereiche. Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass wir einen bundesrechtlichen Betreuungsanspruch im Kindergartenbereich haben von vier Stunden täglich. Wir meinen, dass das nicht ausreicht. Wir wollen das ausbauen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen dieses Bundesrecht ergänzen durch eine bremische gesetzliche Regelung, die den bremischen Eltern einen Rechtsanspruch darauf gibt, dass ihre Kinder täglich nicht nur vier Stunden, sondern sechs Stunden betreut werden einschließlich eines Angebots für Mittagessen, wobei wir wollen, dass eine kostenlose Mahlzeit zur Verfügung gestellt wird für die Kinder armer Eltern, die nicht in der Lage sind, noch zusätzliche Gebühren zu tragen.

(Beifall bei der SPD)

Das wird nicht gehen, das sage ich auch gleich vorweg, Herr Bartels, ohne dass wir zusätzliche Mittel brauchen, darauf komme ich später noch einmal zu sprechen.

(Beifall bei der SPD - Abg. Bartels [CDU]: Machen Sie einen Vorschlag!)

Das kann ich gern auch sofort machen. Ich kann Ihnen verschiedene Vorschläge machen, wo wir an anderer Stelle Geld einsparen können. Ich muss nur morgens den „Weser-Kurier“ aufschlagen und nachlesen, wo im Kulturhaushalt überall das Geld ohne Plan ausgegeben wird.

(Beifall bei der SPD - Abg. Bensch [CDU]: Das ist unredlich!)

Aber ich will jetzt hier keine böse Stimmung machen, das ist nicht meine Absicht. Ich wollte darauf zu sprechen kommen, dass wir die Ausstattung der Kindertageseinrichtungen vor allen Dingen in den benachteiligten Stadtteilen verbessern wollen. Das fängt bei der Sprache an, also Sprachunterricht für die Kinder, geht über naturkundlichen Unterricht, der schon im Kindergarten gegeben werden kann, über viele andere Dinge. Es geht um personelle Ausstattung, es geht um die Sachausstattung in den Kindergärten, wir wollen dort zu Verbesserungen kommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen uns übrigens aus sozialpolitischen Gründen bei dem Ausbau der Tagesbetreuung

für die null- bis dreijährigen Kinder auf die benachteiligten Stadtteile besonders konzentrieren. Dort, wo der Bedarf am größten ist, wollen wir auch als Erstes handeln.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, das ist ja Gegenstand dieses Projektes, eine durchgängige Ferienbetreuung auch für Kinder, deren Eltern nicht erwerbstätig sind.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das, was wir im Moment an Angeboten, die es in den Kindergärten gibt, haben, richtet sich - das können Sie ja nachlesen, Herr Bartels hat einen Teil der Mitteilung des Senats hier schon vorgetragen, aber man kann es dort noch einmal nachlesen - im Wesentlichen an die Eltern, die erwerbstätig waren, alle anderen hatten Probleme.

(Glocke)

Also das, was Gegenstand der Mitteilung des Senats ist, ist für uns ein wichtiger Baustein aus einem umfassenden Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Kindertagesbetreuung 2006/2007 je 300. 000 Euro. Für 2008 - ich komme gleich zum Schluss - weist der Senat darauf hin, und das ist mir ganz wichtig, das hier noch zu erwähnen, für 2008 ist die Fortführung dieser Maßnahme nicht finanziert. Eigentlich würden nach dem, was der Senat uns hier mitteilt, jährlich 3 Millionen Euro benötigt werden, um ein umfassendes Maßnahmenpaket finanzieren zu können. Da fehlt also noch einiges.

Ich wende mich an dieser Stelle ganz besonders an die Kollegen von unserem Koalitionspartner, aber auch an die Kollegen von den Grünen. Wir werden in den Haushaltsberatungen das nächste Mal darauf zu achten haben, dass wir für diesen wichtigen Bereich mehr Geld zur Verfügung stellen, als wir das bisher tun konnten. Ich wende mich übrigens genauso an die Finanzpolitiker aus meiner eigenen Fraktion. Wir müssen, wenn wir dort etwas tun wollen, Schwerpunkte setzen. Ich glaube, wir werden in der Stadt großen Beifall finden, wenn wir dieses Projekt durchsetzen können. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Nächster Redner ist der Kollege Herr Crueger.

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen von SPD und CDU, ich muss sagen, ich bin schon ein bisschen erstaunt! Ich habe gar nicht gewusst, dass heute schon Wahlkampf ist.

(Zurufe von der SPD und von der CDU)

Aber ich finde es trotzdem schön, dass wir an dieser Stelle und bei dieser Gelegenheit einmal zwei grundsätzliche Einlassungen zum Thema Kinderpolitik für die kommenden vier Jahre gehört haben. Ich weiß nur nicht, ob das in einer Fünf-Minuten-Debatte wirklich leistbar ist, weil das dafür doch ein relativ tiefer Tanker ist.

Ich möchte im Wesentlichen etwas dazu sagen, worum es hier eigentlich geht. Es geht nämlich um die Ferienbetreuung. Wir begrüßen als grüne Fraktion dieses Vorhaben. Wir begrüßen es vor allem, weil wir meinen, der Vorlage glaubhaft entnehmen zu können, dass es in Zukunft nicht mehr eine soziale Trennung geben soll zwischen denen, die Arbeit haben und dann auch entsprechend einen Kindergartenplatz dafür bekommen, und denen, die keine Arbeit haben und dahinter zurückstehen müssen.

Das haben wir nämlich in ganz vielen Bereichen, auch bei den Ganztagsplätzen. Dort sieht die Realität heutzutage so aus, dass, wenn man nicht wenigstens ein berufstätiges Elternteil, in der Regel sogar zwei berufstätige Elternteile hat, die Aussicht auf einen Ganztagsplatz wahrscheinlich im minimalen Bereich ist. Es gilt auch für die Unter-Dreijährigen-Betreuung. Auch dort steht schon im Bundesgesetz, dass es ein vorrangiges Kriterium ist, ob die Eltern berufstätig sind. Alle diese Regelungen benachteiligen nun einmal die Gruppe derjenigen, die soziale Probleme haben und die genauso wie die, die berufstätig sind, einen Anspruch und einen Bedarf nach einem vernünftigen Kindergartenplatz, nach einer vernünftigen Kinderbetreuung haben.

Wir müssen diesen beiden Gruppen gerecht werden, sowohl den einen, die berufstätig sind, das schaffen wir im Moment schon relativ gut, als auch denjenigen, die wir ein bisschen aus den Augen verloren haben, die das eher aus sozialen Gründen ganz gut gebrauchen könnten. Wenn wir es schaffen, in Zukunft diese beiden Seiten einer Medaille auch als solche zu erkennen und das entsprechend fair aufzuteilen und keine der beiden Gruppen gegen die jeweils andere auszuspielen, dann, glaube ich,

sind wir in unserer Kinderpolitik ganz grundsätzlich schon einen großen Schritt weiter.

Ich glaube, bei der Ferienbetreuung ist das ganz eklatant, weil die Ferienbetreuung letzten Endes das war, was als Gegenleistung für die Erhöhung der Kindergartenbeiträge versprochen wurde. Wir als grüne Fraktion haben die Kindergartenbeitragsenerhöhung aus dem einfachen Grund abgelehnt, dass wir gesagt haben, es kann nicht sein, dass in den untersten Einkommensgruppen draufgezahlt werden muss und die höchsten Einkommensgruppen sogar noch entlastet werden. Das ist nicht sozial gerecht.

Dann hat man gesagt, als Gegenleistung gibt es in Zukunft eine vernünftige Ferienbetreuung, und gerade dort ist es entscheidend, wer davon überhaupt betroffen ist, also welche Eltern das in Anspruch nehmen können. Wenn gerade die sozial Schwachen, die bei den Beiträgen mehr hinzuzahlen müssen, im Endeffekt die Kindergartenferienbetreuung gar nicht nutzen könnten, würden sie das für die anderen bezahlen, die das eigentlich selbst leisten können müssten.

Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, nicht nur für diese, sondern auch für ganz viele andere Aufgaben, die wir im Bereich der Kindergartenpolitik haben, dass wir endlich beide Aufgaben gleichermaßen angehen, beide Seiten entsprechend auch fair behandeln.

Herr Bartels, ich habe mich sehr gefreut darüber, dass Sie gesagt haben, Sie sind bereit, die Einsparungen, die durch den demografischen Wandel entstehen, in Zukunft auch umzusteuern und für die Ausweitung und Verbesserung der restlichen Angebote zu nutzen. Darüber habe ich mich sehr gefreut! Das ist nämlich etwas, das wir als Grüne schon lange fordern, wofür wir leider bislang nie die Unterstützung der Koalition bekommen konnten, weil Sie das von vornherein schon eingespart haben, das schon ein Teil Ihrer Sparanstrengungen war.

Ich glaube, dass es der richtigere Ansatz ist, zu sagen, dort, wo in Zukunft weniger Kinder sind, sollen die frei werdenden Kapazitäten dafür genutzt werden, unsere Kindergärten besser zu machen. Wenn die CDU schon unserer Meinung ist, und ich habe von Herrn Grotheer auch nichts Gegenteiliges gehört, dann, glaube ich, sind wir auch schon einen Schritt weiter, wenn es um die nächste Finanzierungsfrage im Kindergartenbereich geht. Dann haben wir nämlich wenigstens schon einmal ein Licht am Ende des Tunnels, woher wir auch zusätzliche

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Ressourcen bekommen können. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Nächster Redner ist Herr Kollege Grotheer.

Abg. **Grotheer (SPD)*:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte nur noch einen Gedanken nachtragen nach den Anmerkungen von Herrn Crueger.

Ich bin auch froh darüber, dass wir hier in der Sache so einig sind, und wir wollen ja auch keinen Wahlkampf mit diesem Thema betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Es geht uns um die Sache, wir sind deshalb auch nicht erst heute angetreten, hier etwas zu erreichen, sondern wir haben das als ein Projekt begriffen, das wir seit langer Zeit schon verfolgen, aber wir sehen eben auch, dass wir als kleines Bundesland und als Stadt allemal ganz knapp bei Kasse sind. Dies ist ein Bereich, in dem Betreuungsleistungen, da das Ganze sehr personalaufwändig ist, auch sehr viel Geld kosten.

Ich wollte an dieser Stelle, weil überhaupt nicht der Eindruck entstehen darf, dass man hier verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielt, noch einmal ganz deutlich sagen, wir reden hier nicht darüber, dass die Besserverdienenden mit ihren höheren Beiträgen die Plätze bezahlen für die geringer Verdienenden, sondern es ist ganz anders! Es ist so, dass von den Gesamtkosten für die Kindergärten in der Stadtgemeinde Bremen etwa 85 Prozent aus dem Haushalt finanziert werden, also über das allgemeine Steueraufkommen, und der restliche Teil über Beiträge von Eltern aufgebracht wird. Dort sind die Beiträge sozial gestaffelt.

Man kann fragen: Ist das eigentlich richtig, dass bei Kindergartenbeiträgen eine soziale Staffelung stattfindet, ist es nicht Aufgabe der Steuergesetzgebung, über die Einkommensteuer, über die Steuersätze dort zu sozial gerechten Ergebnissen zu kommen? Aber das ist alles ausgiebig diskutiert, es ist auch verfassungsrechtlich geprüft, und das Verfassungsgericht hat ausdrücklich erlaubt, hier eine entsprechende Staffelung vorzunehmen.

Wir machen in einem bescheidenen Ausmaß davon Gebrauch, dass hier nach den Einkommen die Beiträge gestaffelt werden. Aber es geht, wie gesagt, nicht an, dass wir verschiedene Gruppen gegeneinander ausspielen. Berufstätig oder nicht - ich sehe das genau wie Sie, Herr Crueger, der Senat sieht es auch so, er beschreibt es ja in der Vorlage -, es muss hier für beide Gruppen eine vernünftige Betreuung der Kinder in den Ferienzeiten sichergestellt werden.

Was wir hier erörtern, ist ein erster, ein ganz kleiner Schritt zu besseren kommunalen Angeboten in diesem Bereich. Ich bin ganz froh, wenn wir uns gegenseitig tief in die Augen schauen und uns versprechen, dass wir uns künftig dafür einsetzen werden, auch die finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Ich bin zuversichtlich, dass wir es bei der Aufstellung des nächsten Haushalts auch schaffen werden. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Nächste Rednerin ist Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist für die zuständige Senatorin eine sehr komfortable Situation, sich damit, ich will das einmal so bezeichnen, konfrontiert zu sehen, dass eigentlich alle dieses Vorhaben sehr deutlich unterstützen. Das macht die Notwendigkeit und die Richtigkeit dieses Vorhabens, glaube ich, noch einmal deutlich.

Wir haben es in der hier beschriebenen Verbesserung der Ferienangebote in der Kindertagesbetreuung mit einem Stufenplan zu tun, der insbesondere sich zunächst natürlich an die Verbesserung der Angebote in den Schulferien richtet. Hier geht es insbesondere darum, und es ist von allen Rednern dargestellt worden, unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einerseits allen die Möglichkeit zu geben, dieses Angebot in den Ferien in Anspruch zu nehmen, aber andererseits auch noch einmal vor dem Hintergrund der sozialen Lage einzelner Familien hier auch nicht nur für Erwerbstätige die Möglichkeit zu schaffen, in den Ferien Kinderbetreuungsangebote in Anspruch nehmen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ausgeführt worden, dass natürlich auch insbesondere mit der durchgängigen Betreuung von Kindern in den Einrichtungen die Notwendigkeit einhergeht, hier im Bildungsbereich

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

und in der Entwicklungsförderung entsprechende Angebote machen zu können. Das halte ich auch und gerade für Familien aus sozial benachteiligten Lebenslagen für außerordentlich wichtig.

(Beifall bei der SPD)

In 2007 ist geplant, dass wir für rund 75 Prozent aller Kinder in den Herbstferien eine Betreuung herstellen können und dafür 300.000 Euro benötigt werden. Das weitere Angebot für 2008 sieht vor, dass insgesamt von den 13 freien Schulferienwochen 9 Wochen abgedeckt sind. In den Sommerferien ist erfahrungsgemäß die Fluktuation relativ groß, sodass es wenig Sinn macht, hier ein kontinuierliches Angebot in den Sommerferien vorzuhalten. Wir werden uns also vorrangig auf die anderen Ferienzeiten konzentrieren. Allerdings sind auch in den Sommerferien altersübergreifende und zielgerichtete Angebote in einzelnen Einrichtungen geplant. Es wird dort insbesondere themen- oder zielgruppenspezifisch für die entsprechenden Stadtteile gearbeitet werden.

Ich bin sehr dankbar, dass alle Redner das hier so deutlich formuliert haben, denn es macht deutlich, dass wir eine sehr deutliche Verbesserung des bisherigen Angebots darstellen können. Mir ist wichtig, noch einmal zu betonen, dass der Effekt aus der demografischen Entwicklung genutzt werden soll, um insgesamt die Infrastruktur in den Einrichtungen zu verbessern. Ich freue mich, dass ich Sie alle an meiner Seite weiß, und denke, dass wir diesen erforderlichen Weg erfolgreich gemeinsam weitergehen können. Ich bitte Sie um die weitere Unterstützung im Sinne der Kinder, die wir in unserer Stadtgemeinde betreuen wollen und betreuen müssen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 16/648 S, Kenntnis.

Wahl eines Mitglieds des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Bildung

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

78. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001

(Teile A - C)

Hemelingen, Obervieland, Osterholz (Sonderbauflächen Einzelhandel)

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2007 (Drucksache 16/649 S)

Wir verbinden hiermit:

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 38 für den Bau eines Einrichtungshauses und eines SB Möbelmarktes in Bremen-Osterholz zwischen Osterholzer See, Bundesautobahn, Julius-Faucher-Straße und Hans-Bredow-Straße

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2007 (Drucksache 16/650 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Flächennutzungsplan Bremen abstimmen.

Wer den Plan zur 78. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 38 abstimmen.

Wer den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 38 sowie den Vorhaben- und Erschließungsplan 38 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2358 für ein Gebiet in Bremen-Findorff zwischen Admiralstraße, Herbststraße und Plantage

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2007 (Drucksache 16/651 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2358 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

154. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Neuenlander Straße, Kirchweg, Fabrikweg und westlich Kahrsweg

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2007 (Drucksache 16/652 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das 154. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Lkw-Nachtfahrtsverbot im Heerstraßenzug zwischen Verkehrsknotenpunkt Nord und Auf den Delben

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Juni 2006

(Drucksache 16/560 S)

Wir verbinden hiermit:

Lkw-Nachtfahrtverbot im Heerstraßenzug zwischen Verkehrsknotenpunkt Nord und Auf den Delben

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2007
(Drucksache 16/653 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Neumeyer.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Juni 2006, Drucksache 16/560 S, ist von der Stadtbürgerschaft in ihrer 34. Sitzung am 13. Juni 2006 an die städtische Deputation für Bau und Verkehr überwiesen worden. Diese legt nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 16/653 S ihren Bericht dazu vor.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Juni des vergangenen Jahres haben wir, die Grünen, einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, in dem wir ein Lkw-Nachtfahrtverbot für Lkws ab 7,5 Tonnen von 22.00 bis 6.00 Uhr für die Straßen Bremerhavener Straße, Bremer Heerstraße, Burger Heerstraße und Grambker Heerstraße, alle in Bremen-Nord, gefordert haben. Hintergrund waren die Klagen der Anwohner über starken Lkw-Verkehr, vor allem in den Morgenstunden. Dieser Heerstraßenzug verläuft parallel zur inzwischen ausgebauten A 27, sodass es einerseits die Vermutung gab, dass es sich um mautverdrängte Verkehre handelte, es andererseits aber durch die ausgebauten A 27 inzwischen keinen Grund mehr gibt, diese Ausweichroute zu wählen außer für die notwendigen Verkehre der dort angesiedelten Betriebe. Mit unserem Antrag wollten wir die Anwohner des Heerstraßenzuges mit ihrem Anliegen nach Nachtruhe und Schutz vor unzumutbarem Lkw-Verkehr unterstützen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unser Antrag wurde an die Baudeputation überwiesen. Der Bericht der Baudeputation kommt nun zu dem Ergebnis, dass die Voraussetzungen für ein Nachtfahrtverbot nicht gegeben sind. Die Belastungen durch Lkw-Verkehr während der Nachtstunden seien in den genannten Straßen innerhalb eines Jahres deutlich zurückgegangen, in der Bremerhavener Straße zum Beispiel um 36 Prozent und in der Bremer Heerstraße um 35 Prozent. Dies

hatte eine erneute Verkehrszählung im Jahr 2006 ergeben.

Nun wissen wir alle, dass Lärmempfindungen bei Menschen und Lärmmessungen zwei Paar Schuhe sind. Auch 49 Lkw und Busse in der Nacht können Menschen schon um ihre Nachtruhe bringen. Wir wissen auch, dass Lärm krank macht. Daher habe ich in der Baudeputation an unserem Antrag für ein Nachtfahrtverbot festgehalten. Lkw-Lärm stellt für alle Menschen in der Stadt eine erhebliche Belastung dar, und deshalb ist es eine Daueraufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass Lkw-Verkehre vor allem aus Wohngebieten herausgehalten werden.

Meine Damen und Herren, wir Grünen haben uns nach der Beratung in der Baudeputation noch einmal sehr intensiv mit der Situation in Bremen-Nord befasst, vor allem mit der Begründung der Verwaltung, dass nach den Vorschriften der Straßenverkehrsverordnung ein Nachtfahrtverbot nicht zu rechtfertigen wäre. Die Straßenverkehrsordnung, das möchte ich hier an dieser Stelle auch einmal sagen, ist ein mittleres Paragrafenmonster. Dazu kommen auch noch diverse Richtlinien. Nach diesen Richtlinien sind Verkehrsbeschränkungen oder Verbote nur erlaubt, wenn durch die Maßnahme eine Minderung von 4 Dezibel erreicht wird.

Diese Bedingungen stellen eine schwere Hürde dar, die nur schwer zu überwinden ist. Die Belastungen in dem Heerstraßenzug in Bremen-Nord erreichen diese Forderungen, und ich sage deutlich in Klammern, leider nicht. Das mussten auch wir akzeptieren, wenn auch schweren Herzens, das sage ich sehr deutlich, weil wir die Anliegen der Anwohner sehr wohl verstehen. Dies zeigt uns aber vor allem, dass die Straßenverkehrsordnung nicht mehr so richtig auf der Höhe der Zeit ist. Sie schützt aus unserer Sicht die Menschen nicht mehr genug vor dem ständig wachsenden Lkw-Verkehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir erwarten daher vom Senat, dass er in der Stadt Bremen sehr genau weiter beobachtet, wo mautverdrängte Verkehre die Anwohner belästigen, und nach Möglichkeiten sucht, wie man in Zukunft die Anwohnerinnen und Anwohner vor wachsendem Lkw-Verkehr mehr schützen kann. Die Straßenverkehrsordnung bietet hier durchaus noch einige Spielräume, und wir sollten prüfen, ob wir sie nutzen können. Neue Belastungen wollen wir jedoch nicht akzeptieren, aber für heute ziehen wir unseren Antrag aus den oben genannten Gründen zurück. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Neumeyer.

(Abg. Focke [CDU]: Ich ziehe meine Wortmeldung zurück! - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Senator Neumeyer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde durchaus, dass es lohnenswert ist, auch Dankeschön dafür zu sagen, dass man sieht, dass die Beratung in der Baudeputation dann auch zu einer einvernehmlichen Sicht führen kann. Es ist nicht so, dass der Antrag der Grünen nichts ausgelöst hätte. Im Gegenteil, er hat zu einer erneuten Verkehrszählung geführt, und das Ergebnis ist, dass die Voraussetzungen entsprechend der Straßenverkehrsordnung, da sage ich nicht leider, sondern Gott sei Dank, nicht gegeben sind. Leider würde bedeuten, dass es zu viel Lärmbelästigung gibt. Gott sei Dank liegen die Voraussetzungen nicht vor, und infolgedessen können wir hier nicht einschreiten, weil es keine Grundlage dafür gibt. Keine Grundlage ist die beste Grundlage! Das spricht dafür, dass entsprechend reagiert werden konnte.

Die Autobahn hat ganz offensichtlich jetzt die Entlastungssituation aufgenommen. Es wird nicht möglich sein, sämtliche Lkw-Verkehre auch in den Nachtstunden zu beseitigen. Wir alle wissen, dass zum Beispiel die Stahlwerke zum Teil über diese Verkehre mit angesteuert werden und dass sich das Gewerbegebiet Steindamm dort befindet. Wir wissen auch, dass insbesondere Wirtschaftsbetriebe, die zur Erhaltung der täglichen Bedarfe, das heißt beispielsweise bei Bäckerrebetrieben, die sich auch in dem Straßenzug befinden, in den Nachtstunden anzusteuern sind.

Wir haben hier die sehr erfreuliche Situation, dass die Lkw-Verkehre maßgeblich zurückgegangen sind. Wir werden nie alle verdrängen können, genauso wenig, wie wir die Bus-Verkehre, die im Übrigen die am meisten frequentierten Verkehre in der Nacht dort sind, dort verdrängen können. Infolgedessen haben wir eine Situation, die dort entsprechend der Straßenverkehrsordnung als zumutbar einzustufen ist.

Selbstverständlich, Frau Abgeordnete Krusche, werden wir insgesamt darauf achten, die Maßstäblichkeit in der Stadt zu beachten. Das gilt nicht nur für diesen Straßenzug, das gilt genauso für Wirtschaftsverkehre im Bereich des Bremer Westens, das gilt selbstverständlich für die Kattenturmer Heerstraße. Wir ha-

ben eine ganze Reihe von Straßenzügen in Bremen, wo sich Anwohner und Anwohnerinnen über Lkw-Verkehre in den Nachtzeiten beklagen. Wir müssen überall die gleiche Maßstäblichkeit heranziehen. Wir können uns nicht willkürlich in dem einen Straßenraum anders verhalten als woanders. Trotzdem mein herzliches Dankeschön dafür, dass man sieht, dass die Beratungen in der Deputation zu einem einvernehmlichen Ergebnis geführt werden konnten!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Der Antrag mit der Drucksachen-Nummer 16/653 S ist zurückgezogen worden.

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Umwelt und Energie

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 56 vom 16. Januar 2007 (Drucksache 16/656 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss
der Stadtgemeinde Bremen**

Mitteilung des Senats vom 16. Januar 2007
(Drucksache 16/657 S)

Die Wahlvorschläge sind in der Mitteilung des Senats enthalten.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung der Stadtbürgerschaft.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen arbeitsreichen Nachmittag.

(Schluss der Sitzung 16.17 Uhr)